

Riesner und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Verlag: Riesner
Herausgeber: Dr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gosenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Riesa bestellbar bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 22
Riesa Nr. 22

Nr. 51.

Mittwoch, 29. Februar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 7 Mark 25 Pfennig durch Post oder nach Noten. Für den Fall des Austritts von Produktionsverträgen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Nachfragen für die Nummer des Ausgabejahres sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Versandpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Restamezeile 100 Gold-Pfennige; getraudender und tabellarischer Satz 50 Gold-Pfennige, feste Letzen, Druckplatten und alle sonstigen Kosten sind im Voraus zu bezahlen. Die weiteren Anzeigenpreise sind in den Anzeigenverzeichnissen für die Jahre 1927 und 1928 veröffentlicht. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Ranges & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Gustav Riese. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübner, Riesa. Für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Aus Werk!

Das Notprogramm der Reichsregierung hat im Reichstag seine erste Feuerprobe durchgemacht. Man kann vielleicht sagen, daß es diese erste Belastung verhältnismäßig gut standhalten hat. Man kann aber auch sagen, daß diese Belastungsprobe Bespeltungsleistungen im Hinblick der Deffenlichkeit brachte, die nicht gerade zu einer hoffnungsvollen Prognose für die kommenden Arbeiten zusammengeführt werden können. Wenn man die augenblickliche Situation im Reichstag begreifen will, so vergegenwärtige man sich zunächst das Bild der parlamentarischen Situation in Deutschland für sich das Bild im Anspruch nehmen darf, dieses Notprogramm zuhandeln zu haben. Was es doch gerade dieser parlamentarischen, der in den letzten Wochen das Werden dieses Notprogramms immer und immer wieder hemmt, ist es doch gerade dieser parlamentarischen, der dieses Notwerk einer Einigung unmöglich gemacht hätte, wenn er die Kraft zu seinem Willen gehabt hätte. Das Notprogramm, wie es vorliegt, verdammt sein Entstehen dem Eingreifen des Reichspräsidenten v. Hindenburg. Hätte der Reichspräsident nicht in der letzten Stunde eines unentwirrbaren Parteihaars seine Autorität und seine Vollmachten in die Waagschale geworfen, dann wäre dieser Reichstag der vielen Unzulänglichkeiten wahrhaftig schon seit geraumer Wochen auseinandergefallen, ohne Beendigung der wichtigsten und vorrangigen Aufgaben, die ihm vorgezeichnet waren. Das Notprogramm verdammt sein Werden auch der Initiative der Reichsregierung, dem Beschluß des Kabinetts Marx, sich voll inhaltlich der Einigkeit des Reichspräsidenten anzuschließen. Das Notprogramm ist somit ein Werk einer für die Reichsregierung ungewollten Autorität und nicht die Folge einer Erkenntnis eines deutschen nachrevolutionären Parlamentarismus.

Es ist durchaus anzunehmen, daß das Eingreifen des Reichspräsidenten und die Initiative der Reichsregierung den großen Parteien des Reichstages nicht gerade unangenehm kam. Würden sie doch durch die Lösung der Funktionen des Reiches von der Last einer großen Verantwortung befreit, die sie hätten tragen müssen, wenn sie aus parteilichem oder wohlhabendsten Erwägungen die vorzeitige Auflösung des Reichstages noch vor der Erledigung der wichtigsten vorrangigen Aufgaben erzwingen hätten. So brachten sie schließlich kein allzu großes Opfer, als sie noch vor zehn Tagen durch ihre Wortführer erklären ließen, daß sie gewillt seien, praktisch und positiv an dem Notprogramm mitzuarbeiten. Diese Einigung unter den großen Fraktionen des Reichstages hielt gerade solange an, als die Festschreibung der Maßnahmen des parlamentarischen Stoppes. In dem Augenblick, wo der Reichstag wieder zusammentrat, wo in Vertretung des erkrankten Reichskanzlers Herr Dergt das Notprogramm vertrat, fiel diese Einigung wieder kläglich zusammen. Wohl erklärten die großen Fraktionen, daß sie im Prinzip gewillt wären mitzuarbeiten; dann aber kam das „Aber“, die Bedenken, die Kritik, schließlich auch wieder die Wahlkritik.

Die Aussprache über die Regierungserklärung zeigte zusammenschließend mehr ein Regieren als eine Stimmung betonter Vereinstätigkeit zur Mitarbeit. Man ist dabei genötigt, nach den Aussichten für eine zweckentsprechende Durchführung des Notprogramms zu forschen. Nachzufragen, ob dem formulierten rechtlichen Aufgabenkreis dieses Reichstages noch eine parlamentarische Grundlinie zur Verfügung steht. Wäre man pessimistisch, so mühte man diese Aussichten sehr sparsam bewerten. Ist man optimistisch, so läßt man diese Frage offen. Es soll gewiß nicht abgestritten werden, daß das vorliegende Notprogramm der Reichsregierung nur einen Kompromiß darstellt, einen Notbehelf mit all den Mängeln und Unzulänglichkeiten eines Notbehelfs. Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses Notprogramm, so unvollkommen es auch sein mag, unbedingt und unter allen Umständen erledigt werden muß. Nicht im Interesse der Parteien, nur im Interesse der deutschen Wirtschaft und großer Schichten des Volkes. Die Reichsregierung ist sich dieser Pflicht bewußt. Und schließlich nur dieser Pflichtbewußtheit wegen mühte Reichskanzler Dergt sich zu der Festhaltung finden, daß das Recht in Ausführung dieses Notprogramms sich keineswegs lediglich als geschäftsführende, sondern als mit allen normalen Vollmachten ausgestattete verfassungs- und ordnungsmäßige Regierung fühle, die der Reichsverfassung entsprechend, die volle politische Verantwortung für ihre Tätigkeit trage. Diese Festhaltung des Reichskanzlers ist ein Beweis der Reichsregierung, eine Festhaltung, die sich naturgemäß alle Mitglieder dieser Regierung anschließen, hat nur den einzigen Zweck, die Regierungsbefugnisse im Interesse der Durchführung des Notprogramms zu härten. Wenn also in der Debatte der Wortführer des Zentrums, Herr v. Gumbard, diese Festhaltung Dergts angreifen wollte, so bedarf es nicht der Zustimmung der Reichsregierung und der Minister, die seiner eigenen Fraktion angehören, sondern auch die Aussichten für die Durchführung des Notprogramms. Diese Haltung des Zentrums-Wortführers ist also nicht gerade geeignet, die parlamentarische Grundlinie des Notprogramms zu härten.

Die kommenden Einzeldebatten im Reichstag werden zu erwarten haben, ob der heutige deutsche Parlamentarismus doch noch in der Lage ist, positiv fruchtbares zu leisten oder, ob er seinen Sinn und Zweck nur aus einer parteimöglichen Einstellung abzuleiten vermag.

Renten- und Pensionsfragen im Reichstag.

11 Berlin. Im Reichstag wurde gestern der Teil der Ausschussentscheidung, der ein Gesetz über Festlegung einer Rente und Regelung der Pensionsfürsorge bei hohen Arbeitseinkommen fordert, angenommen, ebenso der Teil der Entscheidung, in dem ein Pensionsgesetz für politische Beamte gefordert wird. Die weiteren Ausschussentscheidungen auf Beihilfen für die alten Veteranen und auf vermehrte Einweisung Versorgungsangehöriger bei den Reichsbehörden wurden gleichfalls angenommen, und nach Ablehnung aller Änderungsanträge wurde der Versorgungs-Etat bewilligt.

11 Berlin, den 28. Februar, 14 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Entwurfs für

Verforgung und Ruhegehälter.

Abg. Rohmann (Soz.) weist darauf hin, daß dieser Entwurf die ungeheure Summe von 1700 Millionen erfordert. Trotz der großen Sterblichkeit der Kriegsveteranen wachse von Jahr zu Jahr die Zahl der Versorgungsberechtigten. Im Ausschuss sei von allen Rednern die Situation als geradezu furchtbar bezeichnet worden. Die Verforgung der Kriegsveteranen sei leider keine vorübergehende Erscheinung. Andererseits sei gerade bei diesem Etat jede Sparlichkeit zu vermeiden; hier seien nur Verbesserungen am Platze. Die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge seien immer als lässlich betrachtet worden, aber wegen der schlechten Finanzlage abgelehnt worden. Nun habe sich gestern plötzlich herausgestellt, daß 250 Millionen für andere Zwecke zur Verfügung stehen. Die Sozialdemokratie wolle nicht die berechtigten Pensionsansprüche der Beamten und Versorgungsangehörigen aufheben, aber sie wende sich gegen die Maßlosigkeit nach oben. Die Landbundesführer, die drängen gegen die Beamten, hätten im Reichstag gegen die Anträge auf Erhöhung der Pensionen gestimmt, die oft über 12000 M. betragen, neben denen die Pensionäre noch häufig riesige Privatvermögen besitzen. Selbst den beim Tode durch die Reichswehr verwundeten Adjutanten Dittler sei eine hohe Pension bewilligt worden (Hört! hört!). Der Redner empfiehlt zur Annahme eines Ausschuss-Entscheidungs, in der die baldige Vorlegung eines Pensions-Entwurfs und eines Pensionsgesetzes für politische Beamte verlangt wird.

Abg. Dörmann (Dmt.) erklärt, aus grundsätzlichen Erwägungen sei die deutsch-nationale Fraktion gegen jeden Versuch einer Pensions-Erhöhung. Das in der Ausschuss-Entscheidung verlangte Pensionsgesetz für die politischen Beamten werde auch von den Deutsch-nationalen gewünscht. Ein ungelöstes Problem sei noch immer die richtige Verforgung der aus der Reichswehr Auscheidenden. Zu begründen sei auch die Beihilfen für hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer aus dem Jahre 1870/71 und den früheren Feldjägern in Fällen besonderer Notlage angemessen zu erhöhen. Die Tropenzulage müßte bei der Pensionsberechtigung berücksichtigt werden.

Abg. Ende (B. V.) verlangt die Kürzung der Parteihandkäse der Beamten auf das pensionsfähige Dienstalter. Den Altersrenten, die vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand getreten sind, sei bei der Vollzugsregelung (scharfes Unrecht angehen worden, das wieder gutgemacht werden müsse. Die übermäßig hohen Pensionen von Leuten, die daneben noch hohes Privatvermögen haben, seien untragbar und würden in der Zeit der allgemeinen Notlage des Volkes besonders erschwerend wirken.

Abg. Erbsing (L.) erklärt, seine Fraktion wolle nicht die noch vorhandenen Rechte der Beamten antasten, aber die Auswüchse und Mißbräuche im Pensionswesen beseitigt werden. Selber habe die Regierung trotz des wiederholten Verlangens des Zentrums nicht das Pensionsgesetz für politische Beamte vorgelegt. Auch das Zentrum sei nicht für die bauernde Aufrechterhaltung von Pensionen, die 20000 M. und mehr betragen. In der Zeit der allgemeinen Notlage müßten auch diese Pensionäre Opfer bringen.

Abg. Bräuninghaus (Dmt.) betont, daß den Kriegsveteranen gegeben werden müsse, was irgend möglich sei. Es sei weiter eine sozialpolitische Notwendigkeit, die auscheidenden Soldaten in der Zivilverforgung unterzubringen. Ein Pensionsgesetz für politische Beamte müsse doch kommen. Unerschütterlich sei die bisherige Regelung, daß pensionierte Offiziere verbleiben würden, mehr zu verdienen, als ihr Gehalt betragen würde, wenn sie noch im Amte wären.

Abg. Brodow (Dem.) empfiehlt zunächst eine Entschärfung seiner Fraktion, die im Etat für 1929 die „Zivilverfor-

gung“ besonders aufführen und aus dem Versorgungs-Etat herausnehmen will, weil gerade dieser wichtige Versorgungs-Etat bisher zu kurz gekommen sei. Der Ausschuss, die ein Pensionsgesetz für politische Beamte fordert, stimme die demokratische Fraktion zu. Bei den Deutsch-nationalen sei es in dieser Beziehung jetzt still geworden. Dazu mag wohl auch jene Denkschrift beigetragen haben, die feststellt, daß von den bisherigen Ministern Pensionen bestanden: drei Deutsch-nationalen, alle sieben Volksparteilichen, alle drei bayerischen Volksparteiler und alle sechs Zentrumsmänner; dagegen erhalten von den acht bisherigen demokratischen Ministern nur vier Pensionen und von den 14 sozialdemokratischen nur drei. Einem deutsch-nationalen Minister habe man eine Pension von 17000 Mark erteilt, indem das Reichsfinanzministerium die zehn Beamtenjahre dieses Herrn zu Hilfe nahm. Andere bekannte Reichsminister bekämen hohe Staatsbezüge nur, weil sie 6 bzw. 7 Wochen Staatssekretäre in der Reichsleitung waren (Hört! hört! bei den Dem.).

Abg. Heber-Düffelhorst (Dmt.) verlangt Erhöhung der Bezüge der Kriegsveteranen. Der Redner beantragt ferner Streichung der General-, Admiral- und Ministerpensionen.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) wendet sich gegen die Pensionierung parlamentarischer Minister. Als der Abg. Dr. Fried scharfe Angriffe gegen Eisner und Erbsinger richtete, kamen Entrüstungsrufe von der Linken und aus dem Zentrum. Präsident Lohde erwidert den Redner, nicht auf frühere Ausführungen zurückzukommen, von denen er weiß, daß sie hätten gerügt werden müssen. Abg. Dr. Fried erklärt weiter, im Kabinettsrat sei schon eine Pensionierung der Reichstagsabgeordneten erwogen worden.

Präsident Lohde erwidert, ein solcher Plan sei niemals im Kabinettsrat erörtert worden.
Abg. Knoll (L.) meint, das Niveau des Abg. Dr. Fried sei gekennzeichnet durch seine geschmacklosen Angriffe gegen erwerbslose Politiker, die dem Vaterland große Dienste geleistet hätten. Der Redner wendet sich gegen eine Anrechnung der Tropenzulage auf die Pensionen, solange die Kriegsveteranen nicht angemessen werden könnten.

Abg. v. Ramin (Völk.) fordert eine ansehnliche Verforgung der früheren Angehörigen der aufgelösten Berliner Schuttpolizei. Die Volklichen seien einverstanden mit einem Abzug der sehr hohen Pensionen.

Abg. Polst (Bayer. Sp.) nimmt die bisherigen Regierungspartien in Schutz gegen den Vorwurf, daß sie für die Kriegsveteranen nicht genug abrig gehabt hätten. Die Sozialdemokraten hätten zwar viel gefordert, sich aber nie um die Deckung gekümmert.

Während der Rede des Abg. Polst kommt es zu einem Zwischenfall. Von der Publikumstribüne ruft mit drohender erhobener Faust ein Mann laut in den Saal: „Wann werden Sie mir meine Kriegsveteranen geben? Ich werde Euch verfolgen und meine Kameraden mit mir, wenn Ihr mir nicht meine Rente endlich bewilligt!“ — Der Rufer wird durch einen Diener von der Tribüne geführt.
Abg. Polst (Bayer. Sp.) wendet sich gegen die Rufe mit den Worten: Solche Zwischenfälle sind die Folge ihrer verwerflichen Tätigkeit, wie wir sie drücken erleben (Garm und Rufe links: Nein, eine solche Rufe Unmoralität! — Sie haben die Kriegsveteranen belogen und betrogen!).

Abg. Rohmann (Soz.): Wenn der Abg. Polst den bedauerlichen Vorfall als eine Folge unserer Agitation bezeichnet, so weist ich diese Unterstellung mit aller Entschiedenheit zurück. (Abg. Polst: Ich habe keine Fraktion genannt!) Die Ausführungen von Dr. Fried seien eine schandhafte Lügengebilde gewesen.
Damit schließt die Aussprache.

Der Teil der Ausschussentscheidung, der ein Gesetz über Festlegung einer Rente und Regelung der Pensionsfürsorge bei hohen Arbeitseinkommen fordert, wird in namentlicher Abstimmung mit 278 gegen 120 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Dagegen haben die Deutsch-nationalen, die Deutsche- und die Bayerische Volkspartei gestimmt.

Angenommen wird auch der Teil der Entscheidung, in dem ein Pensionsgesetz für politische Beamte gefordert wird. Die weiteren Ausschussentscheidungen auf Beihilfen für die alten Veteranen und auf vermehrte Einweisung Versorgungsangehöriger bei den Reichsbehörden werden gleichfalls angenommen.

Nach Ablehnung aller Änderungsanträge wird der Versorgungs-Etat bewilligt.

Um 18 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf heute Mittwoch 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Landwirtschafts-Etat.

Die Mitglieder der Verfassungskommission.

11 Berlin. Vor kurzem wurde gemeldet, daß das Reichskabinett sich über die Besetzung der neuen Stellen, die der Reichsregierung in der Verfassungskommission der Länderkonferenz zustehen, schlüssig geworden ist und daß es seine Vorschläge den Ländern mit der Auforderung zugeleitet hat, ihrerseits die neun anderen Mitglieder für diese 18 gliedrige Kommission zu benennen.
Von der Reichsregierung sind folgende Personen benannt worden: Der Reichsminister v. Kuntze, Dr. Curtius, Dr. Röhler und Schädel, der Berliner Staatsrechtslehrer Prof. Triepel, der Heidelberger Staatsrechtler Prof. An-

schütz, der frühere Reichsminister Gamm, der frühere preussische Staatssekretär Busch und der Zentrumsgesandte Brüning. Staatsminister Sämisch wird als Sachverständiger hinzugezogen werden. Den Vorsitz wird der Reichskanzler und in seiner Vertretung der Weiskanzler führen; die beide in die Zahl der 18 Mitglieder nicht einzurechnen sind.

Erdbeben in Kalifornien.

Wakersfield. (Funkpruch.) In der vergangenen Nacht wurden im benachbarten Petrolenurevier Erdbeben wahrgenommen, von denen einer von einem explosionsartigen Rärm begleitet war.

Die litauische Antwort an Polen.

Warschau (Funkdruck). In der litauischen Antwort auf die polnische Note vom 2. Februar wird darauf hingewiesen, daß die vier grundlegenden Punkte der litauischen Note vom 12. Januar von Polen ohne Antwort gelassen worden sind. Es handelte sich um die Rückkehr der von Polen im Oktober 1927 ausgetriebenen und um die litauischen Besitzungen über Zusammenziehung sogenannter litauischer Militärbanden in Lita und Polen. Ferner habe die polnische Regierung entgegen dem litauischen Wunsch keine Angaben darüber gemacht, welche Beiträge nach ihrer Ansicht zwischen Polen und Litauen abzuwickeln seien. Schließlich habe Polen versprochen, zu dem Angebot des Völkerbundes, die litauisch-polnischen Verhandlungen zu unterstützen, Stellung zu nehmen.

Die litauische Note verweist sich dann gegen die polnischen Behauptungen, wobei Waldemar in seiner Eigenschaft als Minister des Auswärtigen u. a. anführt: „In meiner letzten Note habe ich dem authentischen Text der Völkerbunds-

Sauptortsin in Dresden. Das Albertkreuz 2. Klasse erhielten die Vorkämpferinnen Wacker, Häsel und Maurer aus Frankenberg und Ruhn aus Mühlbach, während die 2. Vorkämpferin, Frau Gerdter und der Kassierer Lothar Schied mit einem Ehren Diplom ausgezeichnet wurden.

Wasserschiff, Motorabsturz. Am Sonntag vormittag stießen auf der heißen Böhmische-Strasse zwei Motorabstürzer zusammen. Durch den Sturz erlitt der 21 Jahre alte Fischer Wiltner einen schweren Schädelbruch, der seine Überführung nach dem Städtischen Krankenhaus ehestens erforderlich, wo er abends verstarb. Der andere Motorabstürzer war mit leichten Verletzungen davon gekommen.

Deutscher L. Erwerb. Veramantstod. Im Luauer Hofmannsbad wurde durch eindringende Kohlenmassen der Steiner verdrängt. Sie wurden mit schweren Verletzungen hervorgerufen und ins Städtische Krankenhaus in Stolberg eingeliefert.

Willkürthal L. Erwerb. Fährbrand. Im benachbarten Weißbach brannte vorgestern vormittag von der 9. Stunde ab die Wollerei von Guido Zimmerthal bis auf die Grundmauern nieder.

Elknerwerda. Die Einrichtung des Selbstschußamtes in Elknerwerda geht ihrer Vollendung entgegen und wird am 3. März abends (18 Uhr) in Betrieb genommen werden.

Uebenswerda. Hundert Bienstöcke verbrannt. In der Uebenswerda: Rathsmitz in Gollmis brach nachts ein Feuer aus, dem ungefähr hundert Bienstöcke zum Opfer fielen. Es liegt bösmögliche Brandstiftung vor.

Stettin. Ein Volkshaus überfällt einen Selbstschützer. In einem Hausflur in der Deutschen Straße wurde ein Selbstschützer von einem Manne überfallen, der ihn mit einem Tischlermesser mehrere Male über den Kopf schlug. Der Verletzte legte sich zur Wehr und schrie um Hilfe, worauf der Täter flüchtete. Er wurde verfolgt und konnte festgenommen werden. Mit Erstaunen stellte man sich der Polizei fest, daß es sich um den Volkshausgenossen aus Stettin handelt.

Schlusstein u. V. Wankelrutenverfolg. Nach den Angaben des bekannten Wankelrutenmachers Esterle aus Hamburg wurde beim Schützenhaus eine überaus ergiebige Wasserader gefunden.

Die heutige Reichstags-Sitzung.

Berlin (Funkdruck). Auf der Tagesordnung steht die 2. Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Reichsfinanzminister Schiele nimmt das Wort und wird begleitet von den Kommunisten mit dem Ruf: „Empfangen! Minister zur Ausdehnung der Arbeitsschafft!“

Der Minister betont, die deutsche Landwirtschaft stehe an einem Wendepunkt und bedürfe der Hilfe, wenn nicht ein schweres Verhängnis für die ganze deutsche Wirtschaft herabschwären werden soll. Die im Notprogramm der Regierung vorgesehene Umschulungsaktion könne den Landwirtschaft nur hinweghelfen über die Zeit bis zur nächsten Ernte.

(Die Sitzung dauert noch fort.)

Besuch des Afghanen-Königs in Berliner Elektrizitätswerken.

Berlin. Der König von Afghanistan begab sich am Dienstag unter Führung von Geheimrat Deulich zunächst zur Transformatorfabrik der AEG in Oberschöneweide, wo u. a. eine Vorführung von elektrischen Erfindungen eines Ein-Millionen-Volt-Transformators erfolgte.

Darauf schloß sich eine Fahrt zum Kaiserwert-Obersee mit Besichtigung des neuerrichteten Kupferwalzwerks. Der König konnte dort mit ansehen, wie schwere Kupferbarren in wenigen Minuten zu haarfeinen Drähten gezogen werden. Später begab sich der König zur A. G. W. wo ihm besonders Automotiv- und Kraftwagen interessierten. Dem König wurde ein neuer elektrischer Musikapparat, der in eine wertvolle Tische eingebaut war, zum Geschenk gemacht, und außerdem wurde ihm ein Anführer-Album überreicht, worin die wichtigsten Gedächtnisblätter der A. G. W. im Bilde zusammengestellt sind. Später besichtigte der König das Großkraftwerk Klingenberg.

Fest der 10. Unabhängigkeitstages von Afghanistan.

Berlin. Aus Anlaß des 10. Unabhängigkeitstages von Afghanistan hatten gestern der König und die Königin von Afghanistan in das Palais Bruns Abbruch zu einem Festessen eingeladen. Kurz nach 7 Uhr erschienen der Reichspräsident in Begleitung des Staatssekretärs Reichner und wurde in der Vorhalle vom afghanischen Gesandten empfangen. Der Einladung waren u. a. gefolgt der Stellvertreter des Reichspräsidenten Dr. Hergt, mehrere Mitglieder des Reichskabinetts und des krieglichen Staatsministeriums, der Dänen des diplomatischen Korps Runtjus Barzell, verschiedene in Berlin beglaubigte Botschafter sowie der persische Gesandte. Bei der Tafel begrüßte der König den Reichspräsidenten, sprach seinen Dank für die freundliche Teilnahme an der heutigen Fest der Unabhängigkeitstages aus und drückte seine Freude darüber aus, daß er diese Fest gerade in Deutschland begehen könne. Der Reichspräsident sprach in seiner Erwiderung dem Königspaar seine und der Reichsregierung herzlichste Glückwünsche zum heutigen Tage aus.

An das Festessen schloß sich ein großer Empfang, zu dem das gesamte diplomatische Korps, die Spitzen der Behörden, Vertreter von Kunst und Wissenschaft, der Industrie, des Handels und der Wirtschaft sowie die Presse eingeladen waren.

Ausschluß der Öffentlichkeit in der Bergmann-Gläubiger-Versammlung.

Berlin (Funkdruck). Heute mittag fand im Landgericht I die Gläubiger-Versammlung im Kontur des Lombardbrücker Bergmann statt. Als der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Dr. Ritter als Konturrichter an die Versammlung die Frage richtete, ob gegen die Zulassung der Presse seitens der Gläubiger etwas vorzubringen sei, erhob sich ein wilder Tumult und es erdienten förmliche Rufe: „Presse raus!“ Als der Konturrichter um Begründung ersuchte, wurden erneut förmliche Rufe laut: „Wir wollen keine Presse, die bloß Sensationen macht. Die Presse hat sich über die Opfer Bergmanns lustig gemacht usw.“ Der Konturrichter ersuchte darauf die Gläubiger, die gegen die Zulassung der Presse seien, die Hand zu erheben. Die Gläubiger taten dies einstimmig. Die Presse verließ darauf den Saal.

Großfeuer bei Bafau.

Der aus 5 großen Bauerngehöften bestehende Hofen Silberling bei Bafau wurde nachts von einem Großfeuer heimgesucht. Die Gebäude, die sämtlich aneinandergebaut waren, brannten bis auf die Grundmauern nieder. Das Einreißen einer Reihe Feuerwehren mit Motorwagen war wegen des völligen Wassermangels ganz unmöglich. Es konnte nicht das Gerüstwerk zerstört werden. Der Schaden ist ungeheuer groß.

Letzte Funkdruck-Meldungen und Telegramme vom 29. Februar 1928.

Ein Fallschirmverhaftet.

Berlin (Funkdruck). Die Fallschirmverhaftung des Berliner Kriminalpolizei verhaftete gestern den 57 Jahre alten Steinbrücker Albert Wolter wegen Verletzung von § 5 und § 10 des Reichsstrafgesetzes. Er hatte bereits im Jahre 1926 solche 10-Minuten-Marktscheine in Zahlung gegeben, war dabei gefaßt und verurteilt worden. Sofort nach Verhaftung der Gefängnisstrafe nahm er die Fallschirmherstellung wieder auf, bis er wiederum festgenommen wurde.

Wahrspruch auf dem polnischen Gesandtenposten in Berlin.

Warschau (Funkdruck). Die „Gepres Voranung“ in gut informierten polnischen Kreisen hört, gilt es als sicher, daß der bisherige Gesandte in Berlin Olsowski seinen Posten in aller nächster Zeit verlassen und die Gesandtschaft in Budapest übernehmen wird. Ueber die Verdon des Nachfolgers Olsowski sei noch keine Entscheidung getroffen.

Eisenbahnunglück auf einem Londoner Bahnhof.

London (Funkdruck). Auf dem Great-Station-Bahnhof in London überfuhr ein Schnellzug heute morgen den Fußboden. 2 Postwagen wurden ineinandergeschoben. Dabei erlitten 4 Postbeamte Verletzungen.

Zur Entlebung der Familiennamen.

Die Kinder der alten Germanen erhielten nach der Geburt einen einzigen Namen, der meist durch seinen Inhalt die Vorfahren erkennen ließ. Mit der Einführung des Christentums traten neben diese Namen auch biblische oder kirchliche, jedoch nicht als Zunamen, sondern als Ersatz für den heimischen Namen, Familiennamen und Zunamen kamen erst im späteren Mittelalter auf, und zwar ging dabei der Adel voran, indem der Stammbaum angegeben wurde, z. B. Rudolf von Habsburg, Konrad von Wettin.

Heute gibt es drei große Klassen von Familiennamen. Die erste Klasse enthält solche, die in der Zeit vor den Familiennamen entstanden sind, z. B. die germanischen Namen Friedrich, Dietrich oder die kirchlichen Peter oder Paul. Zu den germanischen gehören auch Namen wie Humboldt oder Gieseler, es sind die altgermanischen Bezeichnungen hun-bold und gila-heri. Die zweite Klasse geht auf Beinamen zurück, die der Volksmund schuf. So nannte man den einen nach der Herkunft der Väter, den anderen den Schwaben usw. Oder man nannte den einen nach einem charakteristischen Baum in seinem Gehöft den Lindner, den anderen den Buchner. Wie verschieden die Ursachen für die Beinamen sein können, erzieht man aus folgender Namenreihe: Große, Lange, Langbein, Breitkopf, Hühler, Müller, Schneider, Wagner, Schuster. Auch die soziale Beziehung des einzelnen wurde als Beiname verwendet, z. B. Bauer, Bürger, Lehmann, Quiner, Winkelmann, Hausmann, Ritter. Zu den Beinamen zählen auch die Imperative, z. B. Schaffrath. Interessant sind auch die Volksetymologien, die z. B. aus dem altgermanischen viljo einen Vils schufen. Zu erwähnen sind hier noch die gelehrten Überlegungen von Namen, z. B. Falscher für Holzmann, Melancthon für Schwarzer. Die dritte Klasse sind Familiennamen mit der lateinischen oder der deutschen Genitivendung sowie die Namen mit Anhängseln von son, sen und ting. Solche Familiennamen sind z. B. Georgi, der Sohn des Georg, Fabri, Ulrich, ferner Hinrichs, Jacobs, Anderson, Jensen, Kaiserling. Im Jahre 1818 und in einigen Landesstellen noch später wurde durchgeföhrt, daß jeder Staatsbürger einen Namen führen müsse. Schon vom Mittelalter an geht dieser Zwang, einen Familiennamen führen zu müssen, nur war er noch nicht allgemein durchgeföhrt. Bei der Namensgebung wurde mitunter so verfahren, daß Begüterte besonders gewählte Namen schickten, wie Silberhals, Willenstein und arme Leute der Kaderlichkeit durch ihren Namen preisgegeben wurden, wie Galgenstrich, Kanalargeruch. Die Namen Gohn und West gehen zurück auf jüdisch-priesterliche Kempter. Im Volksmund werden die Namen leicht verformt, so wurde aus dem Namen Blumbaum (Bliz) Blumboom und nicht Blumbaum.

und über Inhalt des Bericht. Der letzte Bericht wurde am Abend des 18. Februar in einer Sitzung in der Reichsversammlung angenommen, wobei gegen 100 Mitglieder erschienen. Derselbe Bericht wurde zwei Wochen später, am 4. Februar, bereits am gleichen Tage und schließlich am 7. März erledigt. Es wird vermutet, daß sich die Leiter eines Motorabstürzes oder anderen Kraftfahrzeuges befinden.

Dresden. Eigenes Verbrechen eines Straßenräubers — 6 Jahre Zuchthaus als Strafe. Der aus dem Kreis Torgau gebürtige, vielfach auch mit Zuchthaus verurteilte Dekorationsmaler Oswald Anton Angermann, der erst kurz vor Weihnachten aus der Strafanstalt Radeburg entlassen worden ist, hatte am Abend des 6. Februar in Dresden - Neustadt (Waldschlößchenpark) einer älteren Dame deren Handtasche geraubt und damit die Flucht ergriffen. Die Beute war nur geringfügig. Am 2. März darauf unternahm Angermann auf Weisung eines gleichfalls Handtaschenraub, wurde verhaftet und in einem Kartengrundstück festgenommen. Der Raub am Dienstag bereits vor dem Dresdner Schöffengericht, das für den ersten Raub fünf Jahre Zuchthaus und für den letzten Raub lediglich wegen Diebstahls im Wert von zwei Jahre Zuchthaus auswarf und hieraus eine sechsmonatige Gefängnisstrafe bildete. Der bürgerlichen Ehrenrechte geht Angermann auf fünf Jahre verlustig, auch wird seine Stellung unter Polizeiaufsicht für zulässig erachtet.

Dresden. Feuer in der Korauer Straße. Im Grundstück Korauer Straße 6 (Reipziger Vorstadt) befindet sich die Strömungsmaschinenfabrik „Egelhof“. Ein an dieser Firma gebürtiger Arbeiter Schuppen, der aus Holzmaterialien enthielt, geriet am Dienstag in der 9. Abendstunde in Brand. Die anlässlich hoch emporlodenden Flammen ließen das Schuppenfenster als recht gefährlich erscheinen. Der Raub an der Frontseite einströmenden Feuerwehrs gelang es bald, jede Gefahr an Befestigung und das Feuer zu unterbrechen. Es kam eine Schlauchleitung in Anwendung. Die Entstehungsursache dürfte nach Ansicht des dortigen Bauweilers vermutlich auf in der Nähe jenes Schuppens lauernde Risse zurückzuführen sein. Zur Sicherung der Gebäude war auch das Ueberfallkommando alarmiert worden.

Dresden. Unbekannter Tote. Am 26. Februar ist in Dresden in der Nähe des Schlachthofes die Leiche eines etwa 50-60 Jahre alten Mannes angetroffen worden. Der Tote, der nach dem Friedhofe Bremerstraße übergeföhrt wurde, ist 1,85 Meter groß, unterleht, hat dunkles Haar, große blaue Augen, dunkelblonden kleinen Schnurrbart, ovales Gesicht und lidenhafte Zähne. Am linken Unterarm hat er eine mit weißer Wunde umhüllte Narbe. Die Kleidung besteht in braunlich grauer Winterjacke, grauer Unterhose und Weste, braunwollener Unterjacke, blauweiß gestreiftem Vorhemd, braunwollener Unterhose und grün gestreiftem Einstecktasche, grauer Unterhose, grauen wollenen Strümpfen, grauen Wollsocken und hohen schwarzen Schuhen. Mitteilungen zur Feststellung der Verstorbenen an das Landstrafamt, Landeshauptamt für Vermittlung und unbekannt Tote, Dresden-V., Schloßstraße 7 III, Zimmer 200, erbeten, wo Sachenreste und Bildnis des Unbekannten zur Ansicht ausliegen.

Dresden. Tot auf den Schienen. Selbsterhängung wurde in den frühen Morgenstunden auf der Bahnstrecke Remnis-Steich kurz vor dem Bahnhof Steich die zerstückelte Leiche eines 17 Jahre alten Arbeiters von hier aufgefunden. Nach den kriminalpolizeilichen Ermittlungen liegt Selbstmord vor.

Dresden. Ermordung. Der Oberregierungsrat und Stellvertreter des Kreisobermanns Dr. Runge bei der Kreisobermannschaft Dresden ist zum Vorsitzenden der Kommission für die Vorbereitung und die Hauptprüfung der Abrechnungsmittelmeister in Dresden ernannt worden.

Dresden. Töblicher Akt aus dem Fenster. Am Dienstag vormittag stürzte in der Wilsenstrasse eine ältere Rentnerin beim Fensterputzen vom 4. Stockwerk aus auf das Straßenpflaster. Die Frau fiel auf das Gesicht und erlitt so schwere Verletzungen, daß ihr Tod sofort eintrat.

Witna. Abturt eines Pferdes. Nach einer Blättermeldung aus Hinterzemsdorf kürzte am Sonntagabend ein Pferd des Fuhrwerksbesizers Blajer beim Holzfahren von einer 30 Meter hohen Weiswand an der oberen Scheule in das Bett der Kurmbach, wo es zerstückelt liegen blieb.

Pirna. Tiertragödie. Auf dem Wege nach dem kleinen Bärenstein bot sich Wanderern ein sehr trauriges Bild. Eine große Fläche der Wiese an der Straße Behlen-Raundorf war mit Tierkadern bedeckt, und auch an anderen Stellen waren Spuren eines heftigen Kampfes zwischen Hosen oder Reh gegen unheimliche einen Fuchs zu sehen. Nach einigem Umleripähen entdeckte man das schwer verformte Opfer. Ein junges schönes Reh lag da mit aufgerissener Kehle und viel Fleisch von ihm abgetrennt. Man fand es einige Meter von der Stelle, wo der Kampf stattgefunden hatte. Ein Raubtier hatte es lebend gefressen und das schwerverwundene blasse Tier hatte sich nach einige Meter weit geschleppt, ehe es verendete. Der Lebewerber, die man bestraft, befand sich in dieser Gegend Fuchse ihr Raubvergnügen treiben. (Pirnaer Anzeiger.)

Wausen. Betriebsunfall. Vorgesetzten vormittag blieb auf dem Güterbahnhof der 25 Jahre alte Bahnarbeiter Richter beim Verladen eines Wagens mit dem Stiefel in einer Weiche hängen. Ein nachfolgender Wagen fuhr über ihn hinweg. Richter erlitt so schwere Verletzungen, daß er am Nachmittag ins Städtische Krankenhaus verkehrt.

Obernaukirch. Einwohnereinstellung. Nach der Vereinigung der beiden Kirch 1 und 2 zu einem Kirch (Kauf) fand am Sonntag hier ein Einwohnereinstellung über die Fragen statt, ob Obernaukirch weiterhin selbständig bleiben oder sich Kirch (Kauf) anschließen solle, um ein „Groß-Kirch“ zu bilden. Für die weitere Selbstständigkeit Obernaukirch stimmten 166 Einwohner, für die Vereinigung mit Kirch (Kauf) 170 Einwohner. Danach ist die Bildung eines „Groß-Kirch“ zu erwarten, das dann zusammen 600 Einwohner zählen würde.

Reipala. Gefährliche Unfälle. In der Gundersdorf Straße in Reipala-Gundersdorf schloß sich am Montag abend in der 23. Stunde ein Radfahrer einem in flotten Tempo fahrenden Straßenbahnwagen an. Als aus einer Seitenstraße ein Kraftwagen herauskam, fuhr sich der Fahrer des Straßenbahnwagens gezwungen, fast zu bremsen. Der Radfahrer, der das unvorhergesehenes Hindernis nicht bemerkt hatte, prallte mit großer Wucht gegen den Hinterrad des Vorderwagens und wurde in Boden geschleudert. Der Gehirnteil lag so schwer Verletzungen und Hautabschürfungen zu. Sein Rad wurde fast beschädigt.

Zwenkau. Wegen der Eingemeindung. In einer Versammlung der Mitglieder des Bürgerbundes, des Gemeinderates und des Hausbesitzervereins wurde eine Entscheidung angenommen, die sich gegen die beabsichtigte Eingemeindung der Orte Zwenkau, Roschdorf und Schönbach ausspricht.

Frankenberg Sa. 40 Jahre Albertsweigeren. Der 40-jährige Albertsweigeren, einer der höchsten im Lande, feierte dieser Tage im Palais des Erbprinzen in Weis, Dresden, und der Oberin von Branten, Dresden, sein 40-jähriges Bestehen in Form einer von über 100 Personen bewachten öffentlichen Veranstaltung. Die Vorlesungen des Weigerereins, Frau Nola Schönbach, die den Verein seit seinem Bestehen führt, wurde dabei zum Ehrenmitglied des

Konfirmanden-Kleider 9⁵⁰
in Popeline, Rips, Samt, Taffet, Eolienne, Crêpe de Chine, Veloutine
39.— 35.— 32.— 27.— 23.— 18.50 15.50 12.50

Entlassungs-Kleider 8⁵⁰
in Popeline, Rips, Kascha, schöne Fassons in modernen Farben
29.— 26.— 23.50 21.— 19.— 16.50 13.—

Konfirmanden-Anzüge 17⁵⁰
in Tupoheviots, bis zu den besten Kammgarn-Stoffen, I- u. IIreihig
58.— 52.— 48.— 33.— 27.— 22.—

Entlassungs-Anzüge 13⁵⁰
in guten Stoffen und neuesten Mustern, I- und IIreihig
35.— 29.— 24.— 19.50 16.—

Stets große Auswahl — billige Preise — nur gute Qualitäten

Tel. 208 **Modehaus Oertel** Hauptstr.

1868 **Max Uhlig** 1928
Hauptstraße 31

Für das meinem Geschäft während des 60jährigen Bestehens entgegengebrachte Vertrauen bestens dankend, bitte ich, mir dasselbe auch fernerhin erhalten zu wollen. Aus Anlaß des Jubiläums gewähre ich in der Zeit vom 1.—8. März auf sämtliche Waren einen Rabatt von **10%**

Gleichzeitig bringe ich mein reichhaltiges Lager in Frühjahrs-Neuheiten von Mützen, Mützen und Schirmen in empfehlende Erinnerung
Flizwaren, nur beste Qualitäten Spazierstöcke
Reparaturen schnell und preiswert

Einen Posten Fahrräder
Herren- und Damenräder
75, 78, 85, 95 Mk.
und Rahmengefälle billig, sowie 2 gebrauchte Damenräder verkauft

L. Winkler, Fahrrad-Handl.
Hauptstraße 59.

In Qualität und Quantität
Franz Heinze an der Spitze steht.

E. Göbel, Homöopath. Krankenbehandlg.
Riesa, Döbiger Straße 21
täglich Sprechstunden 9—12, 1—4 Uhr. Urinunter-
suchung (Morgenerin mitbr.). Besuche überallhin.

Erhielt Telefonanschluß
Nr. 198
Hedwig Mickel
Gutes Schokoladen-
Spezialgeschäft.

Reparaturen

Uhren, Gold-
u. Schmucksachen
saubermäßig u. preiswert.

B. Költzsch
Telefon 372.

Ein Posten
Herrn-Räder
und
Damen-Räder

einetroffen.
Bequeme Teilzahlung.
Wöchentl. von 2.50 Mk. an.
5 Jahre Garantie.
Sämtliche Ersatzteile
erhalten Sie preiswert bei
J. Bräutigam
Fahrradhandlung
Pausitz-Riesa.

Morgen
Donnerstag
Schweine-
schlachten.
Genß Fabrik
Neutweide.

Eibterrasse

Zucker
Radeberger Bismarck
Echt Saazer
in Epphons
und in Rannen.
Abkühl bis
zum lehen Tropfen.

Telefon 680.

Morgen
Donnerstag
Schweine-
schlachten.
Pöppe Plach
Fr.-Lift-Str.

Hauptversammlung

der Reichstagsgenossenschaft Parodie Pausitz
am 2. 3. 8 Uhr abends im Gasthof Rietz, P. O.

Vereinsnachrichten

Wiltärverein „Artillerie, Pioniere und Train“
Donnerstag, 1. 3. Monatsversamml. 6. Höpner.
Tierzuchtverein Riesa, Donnerstag, den 1. März,
9 Uhr abends Versammlung im Rest. Dampf.

Gasthof Mehltheuer.

Sonntag, 4. März, Theaterabend:

Das Glücksmädel

Vollstück von Heumann und Schwarz.

Nachdem seiner Voll.

Eintritt 1 Mk. Anfang 1/8 Uhr.

Hierzu laden freundlichst ein
Der Wirt, Der Tamenchor Dörfchen.

Seifen

Reinseifen, ausgewählte Ware
Schmierseife, 5, 12 1/2, 25-Pfundweimer
Feinseifen, die beliebtesten Sorten
Seifenpulver, Schweißmittel und viele andere
Reine gemahlene Seife, Persil, Lux, Suna
Seifenflocken, taunenswert waschfähig
Stärke: Reis, Weizen, Mais, Stang-Stärke

F. W. Thomas & Sohn
Gaubitzstr., neben Riesaer Bank. — Rabattmarken.

Bettfedern

neue Ware

doppelt gereinigt und gewaschen
besonders füllkräftige weiße Schleißfedern
Pfund von 3.50 an

Daunen, das Beste
schneeweiß

Inlette

federdicht, in echtrot u. echttürkischroter Ware
1 Deckbett mit 2 Kissen
21.— 23.— 25.— 27.50 29.50

Otto Wollgast

Riesa, Hauptstr. 20, Erste Etage

Moderne
Kleiderstoffe
Seidenstoffe

für
Konfirmandenkleider - Strassenkleider
Brautkleider — Gesellschaftskleider

in bekannt großer Auswahl
kauft man preiswert und gut bei

W. Fleischhauer Nachf.

Inh. Rich. Beate.

Eibterrasse.

Morgen Donnerstag

Schlachtfest.

Von 10 Uhr ab Wellfleisch,
später die üblichen Schlachtgerichte
in bekannter Güte.

Hierzu laden freundlichst ein
Waldemar Freyhaas.

Wesers Restaurant.

Donnerstag, den 1. März

Schlachtfest.

Ab 10 Uhr vorm. Wellfleisch,
später die üblichen Schlachtgerichte.
Nachmittags Marktverkauf.

Es laden ergebenst ein
Otto Weser.

**MÖBEL-
AUSSTELLUNG**

von kompletten Wohnungs-Einrichtungen

Fabrikate der weltberühmten Roscheweyh-Möbelfabrik

Speisezimmer, Herrenzimmer
Empfangszimmer, Schlafzimmer, Küchen
sowie Einzelmöbel, Polstermöbel und
Dekorationen

Linoleum, Gardinen, Teppiche, Tapeten
zu äußerst billigen Preisen, auch Teilzahlung

Riesa Louis Haubold
Telefon 111

Pausitzer Straße 20

Wer Geschäfte machen will, muß inserieren

Herzlichen Dank

allen denen, die durch ihre Teilnahme in
Wort und Schrift, sowie schönen Blumen-
schmuck unsern lieben kleinen Gottfried
ehrten. Auch Dank für die trostreichen
Worte am Grabe.

Rietz, 20. Februar 1928.

Emil Widbiss und Frau.

Am 27. Februar verschied sanft und
ruhig unsere liebe Mutter, Schwieger-,
Groß- und Urgroßmutter, Frau

Wilhelmine verw. Thieme

im Alter von 92 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Freitag nachmittags
1/2 Uhr vom Trauerhause, Weida, Wind-
mühlentr. 1, aus statt.

Verhandlungen in der mitteldeutschen Metallindustrie geteilter.

Deffau. (Funkdruck.) Hier fanden nach dem Spruch des Thüringer Schiedsrichters im mitteldeutschen Metallarbeiterverband Verhandlungen wegen des Arbeitsdurchschnittsverhältnisses der anhaltischen Metallarbeiter statt, die besonders geregelt werden sollte. Nach längerem Bestehen zwischen dem Metallindustrieverband und dem Gewerkschaftsbund der Verbandsmitglieder. Man hatte sich bereits materiell geeinigt. Die Gewerkschaftsvertreter erhoben aber formelle Einwendungen dagegen, daß die erzielten Vereinbarungen in den Manteltarif aufgenommen werden sollten.

Der Kampf in der Berliner Metallindustrie.

Berlin. (Funkdruck.) Nach einer Mitteilung des Verbandes Berliner Metallindustrieller ist die Meldung, daß der Verband für Sonnabend die Ausperrung von rund 100 000 Berliner Metallarbeitern beschließen habe, unrichtig. Die Arbeiter haben bisher einen Ausperrungsbescheid nicht gefordert. Allerdings werden die von den Werkgebern bestellten Betriebe aus technischen Gründen wahrscheinlich zur Stilllegung kommen. In diesem Falle würden etwa 80 000 Arbeiter in Mitleidenhaft gezogen werden.

Kündigung von Abkommen in der ober-schlesischen Industrie.

Hindenburg. (Funkdruck.) Die ober-schlesischen Metallarbeitergewerkschaft haben am 29. Februar zum 1. März das Arbeitszeit- und Lohnabkommen für die ober-schlesische Eisenindustrie gekündigt und zum gleichen Zeitpunkt außerdem das Arbeitszeit- und Lohnabkommen sowie den Manteltarif für die ober-schlesische weiterverarbeitende Industrie.

Der Reichswirtschaftsminister hat seinen Frieden mit den Eisentartellen gemacht.

Berlin. Im Reichsausschuß wird folgende Bekanntmachung veröffentlicht: Die Anordnung vom 27. Januar 1928, daß dem Reichswirtschaftsminister künftig die Aufsicht über die Durchführung der in der Anordnung genannten Kartellverträge getroffen werden, ist, soweit die Bestimmungen und Verfügungen, soweit sie Regelungen der Preise oder Geschäftsbedingungen betreffen, einzureichen sind, und daß Maßnahmen dieser Art erst nach Zugang der Abschrift in Kraft treten, wird auf Grund des § 8 der Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 für folgende Kartellverträge und die zu deren Ergänzungen ergangenen Beschlüsse und Anordnungen aufgehoben: 1. Vertrag der Hochtafelgemeinschaft (in Kraft getreten am 1. November 1924), 2. Vertragsvertrag betr. Getreide, Eisenbahn-Oberbaumaterial und Formeisen (in Kraft getreten am 1. Mai 1925), 3. Vertrag des Stabeisenverbandes (in Kraft getreten am 1. August 1925), 4. Vertragsvertrag betr. Eisenwaren-Vereinigung (in Kraft getreten am 7. August 1925), 5. Vertrag betr. Großblechverband (in Kraft getreten am 26. Juli 1925), zu 1 bis 5 einschließend der Verträge, welche diese Vereinigungen bzw. Verbände mit dem Stahlwerkverband H. W. Düsseldorf als ihrer Geschäftsstelle geschlossen haben. 6. Preisabnahmevertrag (Egung) des Walzdrahtverbandes (in Kraft getreten am 13. Juni 1925) einschließend der Verträge, welche die dadurch gegründete Gesellschaft mit ihrer Geschäftsstelle, der Deutschen Drahtwalzwerk H. W. Düsseldorf geschlossen hat.

Die Frage der Braunkohlenpreise.

Berlin. Der Reichskohlenverband und der große Ausschuss des Reichskohlenrats beschäftigten sich in ihrer gestrigen Sitzung mit Anträgen des Reichskohlenrats und des Mitteldeutschen Braunkohlenverbandes auf anderweitige Regelung der Braunkohlen- und Breiheitspreise für März 1928 und das Kohlenjahr April 1928 bis März 1929. Mit Rücksicht darauf, daß das Schmalensbacher-Gutachten und das Gutachten der Braunkohlenindustrie bisher nicht ausgewertet werden konnten, wurde beschlossen, die Anträge der beiden Verbände, soweit sie die Preisregelung im Kohlenjahr April 1928 bis März 1929 betreffen, zurückzustellen und im Laufe des März zunächst in eine eingehende Erörterung der beiden Gutachten einzutreten. Wegen der Hausbrandkrise wurde beschlossen, die Preise im März auf der Höhe der Februarpreise zu belassen, den ursprünglich vorgeschlagenen Zuschlag von 1,00 Mark je Tonne also nicht einzutreten zu lassen. Maßgebend für diesen Beschluß war der Umstand, daß die durch das Jahrespreisprogramm beschlossene gleichmäßige Beschäftigung der Braunkohle hauptsächlich nicht eingetreten ist, sondern daß die Abnahme in den Sommermonaten zu niedrigeren Preisen den durchschnittlichen Monatsabsatz erheblich überschritten haben. Für die Randviere Frankfurt, Ghrz, Horn, Kassel und die Grube Guhau bei Dettingen werden die Preise fünfzig als Brandpreise berechnet und auf die Frachtkosten Senftenhagen bzw. Oberabfingen und Biber abgedeckt.

Wasserbauwesen.

Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschloß am Dienstag auf Grund von Vorschlägen seines Untersuchungsausschusses bei den einmaligen Ausgaben im Etat des Reichswirtschaftsministeriums einen neuen Titel einzufügen: Einmaliger Beitrag des Reiches für Sicherungsarbeiten am Weidenberger Quertal 65 000 RM. Diefelbe Summe wurde bei dem Titel „Vertiefung, Verbreiterung und Befestigung des Röhlsberger Seefanals“ abgetrennt. Der Berichterstatter Abg. Dr. Casan (Dnat.) berichtete über die Ausperrung, die sich im Unterlauf des Ausbaus des Mitteldeutschen Kanals gefügt hat. Dabei sei zu betonen, daß man noch nicht einmal sicher sei, ob die neuen Kanaltrecken auch Wasser haben würden. Das Hochwasser am Odra werde beanprucht durch die preussische Wasserbauverwaltung. Die Pläne, die noch zur Vollenbung des Kanalnetzes für den Mitteldeutschen Kanal auszuführen wären, würden sich tatsächlich vor unerlöste Mühen und Schwierigkeiten stellen. Der Redner erwähnte dabei die Notwendigkeit der Verbreiterung der Nebentäle bei Ausbau des Mitteldeutschen Kanals. Auch die Einigung zwischen Preußen und dem Reich sei mangelhaft. Bei Besprechung einzelner Kanalprojekte erklärte der Redner, er halte die örtlichen Vorarbeiten für Kanalwerke bei Senftenberg und Verden a. d. Aller für schädlich, weil die Bevölkerung dadurch bewirkt werde.

Aus Genf.

Die Beratungen im Sicherheitsausschuß.

Genf. Im Sicherheitsausschuß wurde sich gestern nachmittags bei Behandlung des Berichts des holländischen Delegierten über die Auslegung der Artikel 10, 11 und 16 der argentinischen Vertreter Gantillo gegen die Anwendung der Vorschriften durch genauere Vorschriften. Er hatte es im Gegenteil für vorteilhafter, in verschiedenen Partikeln eine gewisse Klarheit zu lassen. Im übrigen handele es sich hier, wie Paul Boncour geltend gemacht habe, um vorwiegend europäische Angelegenheiten und Gesichtspunkte. Unter Bezugnahme darauf, daß in der Aussprache gelegentlich auch Artikel 21 des Paktes erwähnt wurde, in welchem u. a. erklärt werde, daß die Monroe-Doktrin nicht mit irgend einer der Bestimmungen der Völkerbundsatzung unvereinbar sei, erklärte dann der argentinische Delegierte, er halte es für seine Pflicht, im Namen der geschiedlichen Wahrheit gegen die Fassung dieses Artikels Einspruch zu erheben. Die Monroe-Doktrin, so führte er weiter aus, bilde eine politische Erklärung der Vereinigten Staaten. Die mit dieser Erklärung umschriebene Politik hat dadurch, daß sie sich feinerzeit den Ansichten der Besten Allianz widerstehe, und die Drohungen europäischer Mächte abgewandt hat, uns zu Beginn unserer Existenz und in einem glücklichen Zusammenstoß von Grundstücken einen sehr großen Dienst geleistet, den wir voll anerkennen. In diesem Sinne hat sie und wird sie immer den Vereinigten Staaten zu großer Ehre gereichen, deren politische Geschichte im Dienste der Freiheit und Gerechtigkeit so viele und so schöne Seiten aufweist. Es wäre jedoch falsch — und es ist durchaus falsch —, wenn man, wie das in Artikel 21 der Völkerbundsatzung geschieht, eine einseitige politische Erklärung, die, soweit ich weiß, niemals ausdrücklich durch die anderen amerikanischen Staaten anerkannt worden ist, auch nur beiseite als eine regionale Verhandlung bezeichnen. Auf diese Bemerkung, die sofort lebhaftes Interesse hervorrief, und in Zusammenhang mit der Haltung Argentiniens auf dem letzten panamerikanischen Kongress in Panama gebracht wurde, erklärte Paul Boncour, daß er diese außerordentlich wichtige Erklärung des argentinischen Vertreters in keiner Weise kommentieren wolle, was aber seine getreue Bemerkung über die speziellen Bedürfnisse der europäischen Staaten betreffe, so habe er damit in keiner Weise einen Zweifel an seinem festen Glauben in die Universalität des Völkerbundes aufkommen lassen wollen.

Die regionalen Sicherheitsverträge.

Genf. (Funkdruck.) In nichtöffentlicher Sitzung hat das Redaktionskomitee heute vormittags nach Abschluß seiner Beratungen über die Schieds- und Vergleichsverträge und nach Überweisung der Formulierung dieser Verträge an einen Unterausschuß mit der Beratung der regionalen Sicherheitsverträge begonnen und zwar unter Zugrundelegung eines von dem englischen Kronjuristen Sir Cecil Hurst eingebrachten Vertragsentwurfes. Die Aussprache trug bis jetzt vorwiegend technischen Charakter und wird erst bei Beratung der Empfehlungen, die vom Sicherheitskomitee erst, in Bezug auf eine dem Rat zustehende Initiative zugunsten des Abschlusses regionaler Sicherheitsverträge beschlossen werden sollte, sich mit der politischen Seite des Problems befassen. Deutschland verlangt bekanntlich, daß in dieser Hinsicht vom Rat kein Druck ausgeübt werden dürfe.

Sinterlegung der Ratifikationsurkunde über den Beitritt Deutschlands zur Haager Fakultativklausel.

Genf. (Funkdruck.) Generalkonsul Widmann hat heute die vom Reichspräsidenten am 20. Februar vollzogene Ratifikationsurkunde über den Beitritt Deutschlands zur Fakultativklausel des Haager Statutes über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag im Völkerbundsekretariat gegen Sinterlegung in den Akten des Völkerbundes überreicht. Damit wird, wie Reichsminister des Reichern Dr. Stresemann bei der Unterzeichnung der Fakultativklausel am 23. September vorig. Jahres erklärt hatte, die Rechtspredung des Haager Gerichtshofes gemäß Art. 18 der Statuten ohne besonderen Abkommen voll rechtsverbindlich gegenüber jedem anderen Mitgliede oder Staat, der dieselbe Verpflichtung übernimmt und zwar für die Dauer von 5 Jahren und für alle Rechtsstreitigkeiten, ausgenommen in Fällen, in denen die Parteien übereingekommen sein sollten, oder übereingekommen werden, auf einen anderen Modus friedlicher Beilegung zurückzugreifen. Deutschland hat, wie dies auch bei den gegenwärtigen Verhandlungen im Sicherheitskomitee wiederholt festgehalten wurde, bis jetzt als einzige Großmacht die Fakultativklausel über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit des Haager Gerichtshofes unterzeichnet und ratifiziert.

Der Reichstag will noch die Ehecheidungsreform erledigen.

Berlin. Im Reichsausschuß des Reichstags wurde am Dienstag das Verlangen des Zentrums und der Deutschen Nationalen, die Ehecheidungsreform nicht mehr zu beraten, weil die zur Verfügung stehende Zeit nicht ausreicht und diese Reform nicht in das Rotprogramm gehöre, abgelehnt. Der Ausschuss beschloß vielmehr, sich noch mit der Ehecheidungsreform und dann mit der Frage der Annulierung zu beschäftigen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Dr. Rahl (D.Vp.), hob hervor, daß nach den Wünschen des Unterausschusses in das Rotprogramm ein neuer § 1568 a eingefügt werden soll, der eine Scheidung der Ehe wegen einer Verletzung durch zulassen soll, wenn die Lebensgemeinschaft der Ehegatten seit mindestens einem Jahre nicht mehr besteht. Klagen kann aber nur der unschuldige Teil. Ferner soll Ehecheidung möglich sein, wenn die Gatten in beiderseitigem Einverständnis mindestens fünf Jahre getrennt gelebt haben. Voraussetzung für die Scheidung ist in all diesen Fällen eine Einigung über die Unterhaltspflicht für die Kinder, die durch Urteil ersetzt werden kann. Auch § 1568, der die Scheidung wegen Geisteskrankheit regelt, soll etwas anders gefaßt werden. Im übrigen wird die Bestimmung vorgeschlagen, daß, wenn keiner der Ehegatten für schuldig erklärt wird, beide gegenseitig nach Maßgabe der Billigkeit, insbesondere unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse, zum Unterhalt verpflichtet sind. Dieser Antrag des Unterausschusses soll aber für die Parteien, die ihn unterzeichneten, nur dem Sinne, nicht dem Wortlaut nach, verbindlich sein.

Der Wiederaufbau-Budget für den Teil des Grundbeitrages über 200 000 Reichsmark bis 4 Millionen 3 Prozent, dann 2 Prozent. Der Fünftelabsatz ist nun 10 Millionen auf 30 Millionen Reichsmark erhöht worden.

Genf. (Funkdruck.) Der Wiederaufbau-Budget für den Teil des Grundbeitrages über 200 000 Reichsmark bis 4 Millionen 3 Prozent, dann 2 Prozent. Der Fünftelabsatz ist nun 10 Millionen auf 30 Millionen Reichsmark erhöht worden. Anträge auf Bewilligung einer Beihilfe aus dem Fünftelabsatz müssen bis spätestens 31. Juli 1928 gestellt werden. Für die Wertpapierverluste, für die eine Nachentscheidung festgesetzt worden ist, beträgt die Entschädigung für die ersten 200 000 Reichsmark des Grundbeitrages 12 Prozent.

Zur Entlassung des Reichsgerichts.

Berlin. Im Namen des Reichskabinetts hat Reichsjustizminister Dr. Dergt für heute, Mittwoch, nachmittags die Vertreter der sieben größeren Reichstagsfraktionen zu einer Besprechung eingeladen, in der er die Meinung der einzelnen Fraktionen über eine Vorlage sondieren will, die der Entlassung des Reichsgerichts dienen soll. Nach der Vorlage des Reichsjustizministeriums soll eine Bestimmung wieder eingeführt werden, die seit dem 1. Januar 1928 außer Kraft getreten ist. Es soll nämlich neben das Urteil eines Landesobergerichts in einem Rechtsstreit, der die Scheidung oder Annullierung einer Ehe oder die Verurteilung des ehelichen Lebens zum Gegenstande hat, eine Revision, nur dann möglich sein, wenn sie im Urteil des Landesobergerichts für zulässig erklärt worden ist. Gebietet wird die Vorlage damit, daß gerade auf dem Gebiete der Ehecheidung in den letzten Jahren eine harte Belastung des Reichsgerichts eingetreten ist.

Oesterreich auf dem Wege zur Einheitschule.

Wien. Auf Veranlassung des Oesterreichisch-Deutscher Kulturbundes sprach im Reichstagsgebäude vor Vertretern deutscher Fachverbände und Behörden der österreichischen Landeschulinspektoren Dr. Furtmüller über das „Problem der Oesterreichischen Mittelschulen.“ Er führte u. a. aus: Der Oesterreichische Nationalrat hat in diesem Jahre das Mittel- und Hauptschulgesetz angenommen. Die Mittel- und Hauptschule wollen die Idee der Einheitschule für das fünfte bis achte Schuljahr verwirklichen, also für das sechste bis vierzehnte Lebensjahr. Der Lehrplan beider Schularten ist einheitlich, unterscheidet sich jedoch nach den Bedürfnissen beider Schularten. Beide Schulen, die Mittel- wie die Hauptschule, wollen die Kinder allgemein bilden, indem sie alle Kräfte der Jugend zur Entfaltung bringen. Die Mittelschule, die das Wesen näher als Untermittelschule bezeichnet, legt den Hauptwert auf die deutsche Muttersprache und lehrt nur eine Fremdsprache, die aber im Lehrplan etwas zurückgedrängt ist. Die Hauptschule lehrt zwei Sprachen und gliedert sich wie bisher in Gymnasium, Realgymnasium und Realschule. Nach dem vierzehnten Lebensjahre führt die Obermittelschule die Bildung weiter. Sie ist nach den verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten stark differenziert. In der Aussprache wurde begrüßt, daß die neue Schulgesetzgebung Anzeichen an das deutsche Schulwesen aufweise, besonders dadurch, daß die neue Realschule in Oesterreich aufgeführt gemorden ist statt wie bisher lediglich, und daß die Mädchenbildung, die bisher auf das lehrstufliche Niveau angewiesen war, ebenfalls acht Stufen erhalten habe.

Streik von Schuppenarbeitern im Hamburger Hafen.

Hamburg. (Funkdruck.) Die Arbeiter in den Hamburger Frachtschuppen A, B und C, die die automaten Frachtdampfer zu entladen haben, haben heute früh die Arbeit eingestellt. Sie fordern höhere Löhne. In Betracht kommen mehr als 100 Personen. Staatsarbeiter sind an der Arbeitslosenzählung nicht beteiligt.

Das neue Kriegsschäden-Schlutzgesetz im Ausschuss.

Berlin. Der Reichstagsausschuß für Entschädigungsfragen nahm die wesentlichen Bestimmungen des Kriegsschäden-Schlutzgesetzes in der von den Regierungsparteien neu gefassten Formulierung an, die dem Rotprogramm der Regierung entspricht. Danach wird die volle Entschädigung nunmehr anstatt bei den ersten 2000 Reichsmark für die ersten 4500 Reichsmark des Grundbeitrages gewährt. Für die weiteren 15 500 Reichsmark des Grundbeitrages sollen nach der neuen Staffellung 50 % für die nächsten 30 000 Reichsmark 30 Prozent, für die weiteren 50 000 Reichsmark 25 Prozent, für die weiteren 100 000 Reichsmark 20 Prozent, für die weiteren 800 000 Reichsmark 7 Prozent, für die weiteren 40 Millionen Reichsmark 5 Prozent, für die weiteren 50 Millionen Reichsmark 4 Prozent und darüber hinaus 2,5 Prozent gewährt werden.

10jähriges Bestehen der Reichszentrale für Heimatdienst.

Am 1. März 1928 besteht die Reichszentrale für Heimatdienst, die amtliche Ausführungsstelle der Reichsregierung, 10 Jahre. Ihre heimatliche, objektive und gründliche Arbeit auf staatspolitischem Gebiet im Dienst von Volk und Vaterland hat ihr eine bedeutende Stellung im öffentlichen Leben gesichert. Die Entstehung der Zentrale in den politischen Verhältnissen begründet, die sich in den Kriegsjahren aus dem Übergewicht der militärischen Stellen von selbst gaben. Immer dringender wurde 1917/18 die Notwendigkeit, die Ausführung der Zivilverwaltung von den militärischen Instanzen abzulösen und auf eigene Grundlagen zu stellen.

Unter dem Reichskanzler Grafen Hertling wurde darum die Reichszentrale für Heimatdienst als völlig neue Erscheinung im deutschen behördlichen Aufbau ins Leben gerufen und dem Vorgesetzten der Reichsregierung unterstellt. Der Ausbruch der Revolution stellte dann die Zentrale vor ganz neue und umfassende Aufgaben. Jetzt fast es, mit allen Mitteln dem drohenden Chaos entgegenzuarbeiten, das Volk zu Gerechtigkeit und Selbstbeherrschung zu bringen, die Wiederkehr geordneter politischer und wirtschaftlicher Zustände anzustreben. Nach Veröffentlichung des Versailler Friedensvertrages mündete das deutsche Volk über die unerhörte Härte der Bedingungen unterrichtet werden. Diese Aufklärung über die weittragenden Folgen des Friedensabkommens ist ständig und systematisch fortgesetzt worden. Im Zusammenhang mit den politischen Unruhen des Jahres 1920 und der Folgezeit wurde eine grundlegende Festlegung der Tätigkeit und des Arbeitsbereichs der Zentrale vorgenommen. In der Reichstagsentscheidung vom 2. Juli 1921 wurde als politische Aufgabe der Zentrale, die sachliche Aufklärung über außen-, wirtschafts- und soziale Fragen, Bestimmung der „nicht im Geiste einzelner Parteien“, sondern „vom Standpunkte des Staatsganzes aus“. Zugleich wurde ein parlamentarischer Beirat gebildet, der die Reichszentrale ständig im Sinne dieser Richtlinien beraten sollte, und der aus Vertretern aller großen politischen Parteien des deutschen Reichstags besteht. In diesem Sinne hat die Zentrale, abseits des Streites der Parteien, aber in lebendiger Anknüpfung an die aktuellen Vorgänge der großen Staatspolitik, in absoluter Sachlichkeit staatspolitische Aufklärung geleistet. Sie hat ihre weitumfassende Arbeit nur dadurch leisten können, daß sich ihr Zehntausende von Männern und Frauen aus allen Berufen und Gesellschaftsschichten ehrenamtlich zur Verfügung gestellt und den Wissensstoff in emsiger Tätigkeit den breiten Volksschichten übermitteln haben. In jahrelanger Zusammenarbeit hat sich daraus ein Vertrauensverhältnis entwickelt, das seine Früchte in der gesteigerten politischen Aufnahmefähigkeit des Volkes und der allmählichen Veranschlichung des politischen Kampfes trägt. Die deutsche staatspolitische Erziehungsbewegung der Gegenwart ist ohne die Zentrale nicht mehr denkbar.

Die Bedeutung der Reichszentrale für Heimatdienst kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß sie als Reichsbehörde der Reichskanzlei angeschlossen ist. Im Lande sind 17 Landesabteilungen eingerichtet, die sich im allgemeinen den Grenzen von Provinzen und Ländern anpassen. Für den Grenzraum Sachsen ist bekanntlich die Landesabteilung in Dresden zuständig.

Politische Tagesübersicht.

Vor einem Wiedereintritt Spaniens in den Völkerbund. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt: Die Pariser Meldung, daß jetzt ein französisches Abkommen über die Langer-Prage ausgehandelt worden sei, wird von der weiteren Meldung begleitet, daß die spanische Regierung Pläne einbrachte, wieder in den Völkerbund einzutreten. Der Berichterstatter sagt, es sei schon lange erwartet worden, daß Spanien diese Schritte tun werde, falls ihm in Langer eine wesentliche Erweiterung seiner Befugnisse gewährt werde.

Die Politik des Reichstags im Weltkrieg. Im parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Reichstags über die Kriegsverfahren im Berichtete Abg. Philipp (Dnat.) namens des vierten Untersuchungsausschusses über den Abschluss der Untersuchungen über die Politik des Reichstags im Weltkrieg und über die allgemeinen Ursachen und Vorgänge des inneren Zusammenbruchs im Jahre 1918. Es wurde beschlossen, dieses Teilergebnis dem Plenum noch in dieser Wahlperiode zur Kenntnis zu bringen.

Zwei Millionen preussische Sonderhilfe für Ostpreußen. Angesichts der großen Schwierigkeiten, vor denen gegenwärtig die Provinz Ostpreußen bei der Bilanzierung ihres Etats steht, und die u. a. dazu führen, daß ausreichende provinziale Mittel für besonders dringliche und bereits beschlossene Meliorationen sowie für unerlässliche Neubauten, Errichtung von Volkshäusern usw. nicht vorhanden sind, hat sich, wie dem Nachrichtenbüro des Reichs Deutscher Zeitung überliefert von zuständiger Seite mitgeteilt wird, das preussische Staatsministerium unter Würdigung der besonderen Notlage Ostpreußens bereit erklärt, neue Hilfsmaßnahmen für diese Provinz zu treffen. Es soll eine Million Mark als Zuschuß zum provinziellen Etat und eine weitere Million Mark als auf zwei Jahre befristetes Darlehen zur Verfügung gestellt werden.

Das Zentrum und der Panzerkreuzer. Zu dem Beschluß der Reichstagsfraktion des Zentrums, die vom Reichswirtschaftsminister angeforderten Mittel für den Neubau eines Panzerkreuzers zu bewilligen, bemerkt die „D. N. Z.“: Wesentlich für die Entscheidung des Zentrums war die nationalpolitische Rücksicht auf Ostpreußen, die schon vom Reichswirtschaftsminister Dr. Gehler bei der Begründung des Kreuzerbaus in den Vorbergründen gerührt war. Wie wir erfahren, wird das Zentrum seinen Einfluß auf Preußen dahin geltend machen, daß auch die preussische Regierung ihren bei der ersten Besetzung des Etats im Reichstag eingeleiteten Einspruch nicht mehr aufrecht erhalten wird. Das preussische Kabinett muß also in dieser Frage seine Haltung ändern.

Unrichtige Nachrichten über eine österreichische Anleihe. In ausländischen Wiener Kreisen wird die New Yorker Meldung der „Information“ (Paris), wonach Staatssekretär Mellon dem amerikanischen Kongress vorschläge, die österreichische Anleihe im Betrage von 100 Millionen Dollar nur unter der Bedingung zu gewähren, daß Österreich zu einem entsprechenden Betrage seine Einnahmen verpfändet, als ganz unzutrefflich und unnötig bezeichnet. Der Kongress hat, so wird in den erwähnten Kreisen betont, mit der Frage der Gewährung oder Nichtgewährung der Anleihe nichts zu tun. Sie ist vielmehr ausschließlich Gegenstand der Verhandlungen zwischen der österreichischen Regierung und den amerikanischen Finanzgruppen. Jede des Kongresses ist lediglich die Rückzahlung der Pfandrechte, die von der amerikanischen Regierung dem Kongress bekanntlich bereits empfohlen wurde.

Die deutschen Militärkraftwagenlieferungen an Griechenland. Das Amt für Wirtschaftspolitik hat gestern das Urteil in der Angelegenheit der Militärkraftwagenlieferungen an den Staat durch deutsche Gesellschaften gefällt und die zwischen diesen Gesellschaften und der Regierung Vorgesessenen abgeschlossenen Verträge für null und nichtig erklärt.

Die Verhandlungen mit Polen. Der deutsche Hauptminister für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen

Reichsminister a. D. Dornier ist gestern wieder nach Warschau abgereist.

Die Reichsregierung über die Spont-Deutschland-Angelegenheit. Die ungarische Regierung hat durch ihre künftige Vertretung in dem Generalsekretär mitteilen lassen, daß sie General Cantola, der bereits seit einigen Tagen hier weilte, damit beauftragt hat, Auskünfte über die Angelegenheit von Spont-Deutschland zu erteilen. Die Tschekoslowakei und Jugoslawien haben auf Aufforderung des Generalsekretärs zur Einleitung von Sachverhandlungen ebenfalls Personen zur Auskunfterteilung ernannt. Darnieder gehört dem Militärattaché des Völkerbundes an, dem diese Auskünfte zu erteilen wären.

Keine Wahlscheitler mehr in Polen. Die Wähler bringen eine Mitteilung der Polska Rasobnia, die in ihrer Sonntagnummer mitgeteilt hatte, daß es in Zukunft Wahlscheitler nicht mehr geben werde. Art. 78 des Wahlgesetzes schreibt das Vorhandensein von Wahlscheitlern nicht vor. Hieraus bemerken die Wähler, daß dies allerdings richtig sei, daß jedoch Art. 11 der Verfassung die Wahlscheitler vorschreibt mit der Bestimmung der Geheimhaltung der Wahlen. Wenn der Wähler annehmen sei, seinen Wahlscheitler in aller Öffentlichkeit in den Briefumschlag zu stecken, könne von einer solchen Geheimhaltung nicht die Rede sein.

Englisch-französische Verhandlungen über die Behandlung der Arbeitslosenfrage. Wie der Arbeitsausschuss Deutscher Verbände bereits vor einiger Zeit in Erfahrung gebracht hatte, ist in eingehenden Verhandlungen zwischen den Auswärtigen Ministern von Paris und London eine Einigung darüber erfolgt, welche Arten zur Vorgeschichte des Weltkriegs aus den französischen Archiven ausgewählt und zur Veröffentlichung zugelassen werden sollen. Vor einiger Zeit ist das Nähere hierüber bereits mitgeteilt worden. Der Arbeitsausschuss Deutscher Verbände erklärt jetzt, daß sich die Verhandlungen nicht allein auf diese Frage beschränkt haben. Da man damit rechnet, daß die französische Arbeitslosenfrage eine längere Zeit andauernde politische Diskussion auslösen wird, so sind auch Beratungen darüber getroffen, in welcher Weise diese Beratungen geführt werden sollen. Darüber hinaus hat man sich einverstanden erklärt, dasjenige Material zu sammeln, das etwa dazu dienen könne, den russischen Kommunisten und der Sowjetregierung die Beteiligung am Untergang Rußlands nachzuweisen.

Partnädigkeit der Belagerung in Mainz.

* Mainz. Im Laufe der in der letzten Zeit mit der Belagerung geplatzten Verhandlungen über die Räumung des Festungsbereichs wurde seitens der Belagerer eine Erklärung abgegeben, die sich als einseitige Erklärung darstellt und nicht bereit ist, ohne gleichzeitigen Erfolg eine Handreichung von ihrem beabsichtigten Eigentum anzugehen. Die Stadt Mainz wird durch dieses Verhalten wirtschaftlich außerordentlich geschädigt, da sie der Räumung nunmehr nicht mehr Herr werden kann und sich gezwungen sieht, dringende Ausgaben und viele Wirtschaftsvorhaben zu lassen. Obgleich eine Reihe von Verhandlungen seit längerer Zeit von der Belagerung nicht mehr benutzt werden, wird die Freigabe verweigert. Es scheint, daß sich die Belagerung noch recht lange in Mainz halten will, sonst wäre eine solche unannehmliche Haltung einfach unerklärlich.

Das amerikanische Flottenprogramm.

* Washington. Im Weißen Hause wurde mitgeteilt, Präsident Coolidge habe den gestern im zu weiterer Beschränkung der Flottenrüstungen auferlegenden Delegierten fischer Vereinigungen erwidert, das gegenwärtige Marineprogramm halte sich innerhalb der in den Vereinigten Staaten vorgezeichneten Grenzen und bleibe weit hinter den damaligen englischen Bedingungen zurück. Es könne daher nicht als aggressiv oder unnötig bezeichnet werden. Amerika wüßte Frieden, und kein anderes Land brauche sich wegen der amerikanischen Flottenbauten zu beunruhigen.

* Washington. Der Marineausschuss des Repräsentantenhauses gab gestern seine Einwilligung dazu, daß die Bestimmungen, wonach die vorgezeichneten 15 Kreuzer und das Flugzeug-Muttergeschiff innerhalb von sechs Jahren fertiggestellt sein sollen, aus der Vorlage gestrichen wird.

Urteil im pommerischen Kommunistenprozeß.

* Rostock. Im pommerischen Kommunistenprozeß wurde gestern das Urteil verkündet. Das Gericht verurteilte Dreiss wegen Sprengstoffkomplotts, Vergehens nach § 7 des Republikverstoßgesetzes, Vergehens gegen die Waffenverordnung und anderer Straftaten zu 6 Jahren 3 Wochen Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe. Diefle wegen der gleichen Vergehens zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe und die anderen Angeklagten wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen die Waffenverordnung, und zwar Labuhn zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe, Freuh und Stelzer zu je einem Jahr zwei Monaten Gefängnis und je 100 Mark Geldstrafe und Jörksen zu neun Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe. Bei Dreiss werden die bisher verhängten Zuchthausstrafe und acht Monate der Untersuchungshaft angerechnet, bei den anderen Angeklagten ein bis drei Monate und die Geldstrafe, bei Diefle wurde die Anklage auf Verabredung zum Wort fallen gelassen.

Reichswirtschaftsrat.

Berlin. (Funkpruch.) Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats stimmte der im Osnabrücker Verhandlungsabkommen zum Schutze des gewerblichen Eigentums einstimmig zu. Der Entwurf zur Abänderung der Weisung über auswärtigen Rechtschutz wurde einem Arbeitsausschuss überwiesen.

Der Streit im nordwestböhmischem Braunkohlenrevier.

* Prag. In den gestern fortgesetzten Verhandlungen zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks im nordwestböhmischem Braunkohlenrevier wurde amlichen Seite eine neue Anregung gegeben, die von beiden Seiten ohne grundsätzlichen Widerstand als Grundlage für weitere Verhandlungen angenommen wurde. Es scheint, daß damit endlich der Weg gefunden ist, auf dem beide Parteien gehen können. Eine beim Minister für öffentliche Arbeiten, Spina, erdienenen sechsstelligen Deputation aus dem Prager Revier erhielt die Versicherung, daß die berechtigten Interessen der Bergarbeiter von den Behörden unparteilich geschützt werden.

Die neue Note Kelloggs an Irland.

* Washington. Die neue Note des Staatssekretärs Kellogg an den Minister des Reichens Irland legt nochmals eindringlich dar, daß Frankreich, wenn es einen einseitigen Vertrag als nicht gegen seine Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbunde betrachte, einem wechselseitigen Vertrage zwischen den europäischen Großmächten und den Vereinigten Staaten ebenso unbedenklich zustimmen könnte. In Regierungen wurde besonders auf den letzten Absatz der

Note Kelloggs hingewiesen, der eine ferretische Ablehnung aller Kräfte enthält und den Standpunkt der Vereinigten Staaten dahin zusammenfaßt, daß jeder Krieg ein Angriff auf die menschliche Gerechtigkeit ist.

Obert-Bedacht's'eler des Reichsbanners.

* Berlin. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranlaßte gestern Abend auf dem Gendarmenmarkt eine Obert-Bedacht's'eler. Der Platz war von einer dichten Menschenmenge besetzt. Unter den zur Veranstaltung erschienenen bemerkte man den Reichstagspräsidenten Dr. Brüning, den Vizepräsidenten Dr. Brüning und den Reichstagspräsidenten Dr. Brüning. Die Obert-Bedacht's'eler hielt Staatsminister a. D. Gumbel. Er führte u. a. aus: Mit Friedrich Obert hat die Republik ihren höchsten Führer und das Reich seinen treuesten Diener verloren. Es ist dem ersten Präsidenten des Deutschen Reichs nicht vergönnt gewesen, den Aufstieg der deutschen Republik nach 1918 wieder zu erleben; er hat alle Ehrenhöfe der sieben macedonischen Jahre der Republik anerkennen müssen. Obert hat in Weimar die deutsche Verfassung dem deutschen Volke mitgegeben. Wir haben sein Vermächtnis zu erfüllen; wir müssen den Rahmen dieser Verfassung mit lebendigem demokratischem Geiste erfüllen. Die Rede spielte in einem von der Reichsversammlung lebhaft aufgenommenen dreifachen Hoch auf die Republik.

Die neue Antikriegsnotiz Amerikas an Frankreich.

* Paris. Antikriegsnotiz lautet über den Inhalt der gestern in Paris eintraffenen amerikanischen Note, die sich mit dem Abschluß eines Antikriegsabkommens beschäftigt, lassen zu können, aus der neuen Note erhebe sich, daß die amerikanische Regierung ihre Ansicht nicht geändert habe; sie wünsche, daß ein Welt, der alle Kräfte, sowohl offensive wie defensive, ausschließlich durch die Mächte unterzeichnet werde, die als Großmächte gelten. Wenn Kellogg zu diesen Großmächten u. a. Frankreich, England und Italien zählte, so rechne er doch weder Spanien noch irgend eine der südamerikanischen Republiken hinzu. Washington lehne also implizite das Verfahren ab; das darin bestanden würde, zuerst ein Abkommen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten abzuschließen, um es dann den Hauptmächten zu unterbreiten. Die amerikanische Regierung soll nach dem Blatt auch erklären, daß sie mit Optimismus das Ideal verfolge, das sie in diesem Augenblick gemeinsam mit Irland teile. Sie besahe die Hoffnung, zu einem Ziel zu gelangen, vertrete aber den Standpunkt, daß keine Lösung möglich sei und kein Mittel bestehe, ernstlich den Krieg zu beenden, wenn nicht ein vielseitiger Welt abgegeschlossen werde, wie sie ihn vorschläge.

England und das Verbot des Weltkrieges.

* London. Baldwin erklärte im Unterhaus, die Regierung sei der Ansicht, es sei nicht angebracht, das Abkommen vom Jahre 1925 über das Verbot der Anwendung von Giftgasen in Kriegszwecken vor der Ratifizierung durch alle anderen Großmächte zu bestätigen.

Otto v. Bismarck hat sich verlobt.

* Berlin. Der Reichstagsabgeordnete Herr Otto v. Bismarck, der heute im 31. Lebensjahr steht, und zur Zeit als Delegationssekretär bei der Deutschen Botschaft in Stockholm tätig ist, hat sich mit Fräulein Ann Mari Tengborn verlobt. Die Verlobung wird am 1. März öffentlich bekannt gegeben und in Stockholm im engsten Familienkreise gefeiert werden. Die Braut stammt, wie die „Vossische Zeitung“ schreibt, aus einer der ersten Familien Schwedens. Sie ist die Tochter des Regierungsbauamteilers Professor Dr. Tengborn, der als Architekt in Stambinowien einen außerordentlichen Ruf besitzt und dessen Werte, wie Schöner und Kirchen, von seiner großen künstlerischen Begabung Zeugnis ablegen. Seine Gattin ist gleichfalls als Künstlerin sehr bekannt. Ueber die Hochzeit sind noch keine Bestimmungen getroffen.

Rückflug der Los Angeles.

* Franciscobeld (Kalifornien). Das Luftschiff Los Angeles trat gestern vormittag 10.15 Uhr den Rückflug an. Es liegt zunächst nach dem Golf von Guacanapaba (Kuba), wo sein Kapitän „Watola“ vor Anker liegt. Glückwünsche an den Kommandanten der „Los Angeles“. London, 29. Februar. Aus Washington wird gemeldet, daß der stellvertretende Marineattaché, Warner, dem Kommandanten der „Los Angeles“ ein Glückwunschsgramm sandte, in dem es heißt: Ihre Ankunft ist das wichtigste Ereignis in der Geschichte der Kanalzone seit dem Tage, an dem das erste Schiff den Kanal durchfuhr.

Schwerer Autobusunfall in Berlin.

* Berlin. Heute nacht fuhr in der Suedburger Straße ein Auto mit 20 Personen gegen einen Baum. Bei dem Unfall sind insgesamt 20 Personen, darunter auch der Fahrer und der Schaffner, verletzt worden. Sämtliche Verletzte wurden in das Krankenhaus Moabit überführt, wo 19 mit Notverbanden in ihre Wohnungen entlassen werden konnten. Nur einer der Verletzten, ein 31-jähriger Kaufmann verblieb im Krankenhaus Moabit er hat eine schwere Gehirnerschütterung davongetragen. Die Schuldfrage ist noch nicht einwandfrei geklärt worden. Nach Angabe des Autobusführers soll die Steuerung verfaßt haben, jedoch der Wagen über die Bordwelle gegen einen Baum fuhr, dabei wurde das Verbot vollständig abgerissen, der Fahrer eingebrochen; der Motor stark beschädigt und sämtliche Fenster Scheiben zertrümmert.

Eisenbahnunglück.

Regensburg. (Funkpruch.) Heute früh fuhr im Bahnhof Wittingen (Niederbayern) eine vom ersten auf das 2. Gleis umgehende Lokomotive auf dem im 2. Gleis zur Abfahrt nach Wien befindlichen Personenzug auf. Drei Reisende, die erheblich verletzt wurden, wurden in das Krankenhaus Wittingen gebracht. Als leicht verletzt haben sich 17 Reisende gemeldet. Vom Zugpersonal wurden vier Mann leicht verletzt.

Zum Untergang der „Alcantara“.

* London. Die mit der Untersuchung über den Untergang der „Alcantara“ betrauten Behörden haben die Forderung des Kapitän des russischen Schiffs „Tomaritch“ streng getraut und gelagt, es sei nicht zu begreifen, daß er nichts unternommen habe, um Menschenleben zu retten; denn man solle in solchem Falle mehr an die anderen als an sich selbst denken.

Märzliche Jagd.

Langsam geht es wieder aufwärts in der Natur; mehr und mehr eilt die Sonne dem Frühling entgegen.

Der März des Jägers steht im Zeichen des Vogeljuges. Von besonderer Bedeutung ist hier die Ankunft der Schnepfe.

Das Edelwild zieht sich zu sonnenbeschienenen Quellen und Bächen, um das erfrischende Grün am Wasserrande zu äßen.

Bei Damwild werden die starken Schaulier ab. Im Abriß gilt bei ihm das oben vom Edelwild Gesagte hinsichtlich der Fütterung in höheren Gebirgslagen.

Die Rehe legen unter der Engerlingsnot zu leiden, was sie herunterbringt, weshalb nötigenfalls für kräftigere Fütterung gesorgt werden muß.

Die Hasen, die mit dem 1. März Schonzeit haben, haben sich gepaart und beginnen mit dem Gelege.

Die Fuchs wölft. In der zweiten Hälfte des Monats glückt es oft, ganze Gehege auszuräumen, wenn man ihm nicht Schonung angedeihen läßt.

Der Dachs legt das Kammelngehege fort. Vielfach sind schon Hasenjahre zu bemerken, die gegen Raubjagd aller Art zu schützen, Aufgabe des Jägers ist.

Die Ferkel, die mit dem 1. März Schonzeit haben, haben sich gepaart und beginnen mit dem Gelege.

Die Rehe legen unter der Engerlingsnot zu leiden, was sie herunterbringt, weshalb nötigenfalls für kräftigere Fütterung gesorgt werden muß.

Die „Mesta“ in Spanien.

Die Geschichte kennt kaum ein zweites Beispiel, das die Landwirtschaft eines Viehdiebes in so kurzer Zeit und mit einer solchen Verdichtung zu Grunde gerichtet worden wäre, wie dies im 16. und 17. Jahrhundert in Spanien durch eine Ette oder Unflut geschehen ist, welche unter dem Namen „Mesta“ historisch geworden ist.

Spanien war schon im frühen Mittelalter ein Land, in welchem die Schafzucht stark und mit großem Erfolge betrieben wurde, aber man hätte es sich wohl nicht träumen lassen, daß dieser Erwerbszweig, der sich Jahrhunderte lang mit der Landwirtschaft trefflich vereinigen ließ, diese mit der Zeit zu Grunde richten würde.

So kam es, daß sich die Ette der wandernden Schafe in Spanien und Portugal erhielt, nachdem längt der letzte Rußmann aus dem Lande vertrieben war.

Dieses Recht aber, das unter der Bezeichnung der „Mesta“ mehrere Jahrhunderte bestand, wurde ein Stück für Stück ganz Spanien. Schon im 16. Jahrhundert teilten sich alle großen Herdenbesitzer zusammen, um das Privilegium nach allen Regeln ausschachten zu können.

Die Folgen traten sehr schnell zu Tage. Spanien, zur Sommerzeit die Getreideauflage für das südliche Europa, wurde jetzt zur Einde und mußte alljährlich ganze Provinzen kornlos aus der Dürre holen lassen.

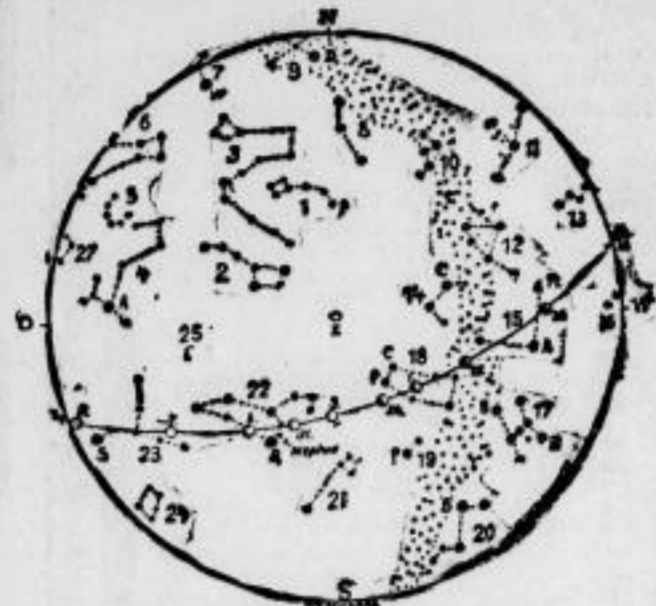
Alle Klagen, jede Eingabe an die Regierung, jede Vorstellung beim König war umsonst; denn wer immer im Lande eine Stimme hatte, war Merino-Jäger und fand es bequemer, seine Herden auf fremdem Boden zu weiden, als der zu Grunde gerichteten Landwirtschaft aufzuhelfen.

Das ganze 16., 17. und 18. Jahrhundert hindurch blieben diese furchtbaren Zustände unangestastet bestehen. Selbst im 19. Jahrhundert hat die Mesta in Spanien noch über zwei Menschenalter lang ihre breiten Uebergriffe gegen das Eigentum des Landmannes ungestört fortsetzen dürfen.

Bermischtes.

Der Älteste Baum der Welt. Mexiko rühmt sich, den ältesten Baum der Welt zu besitzen. Es ist eine Zypresse, auf die das kleine Städtchen Santa Marta de Tesla daher begründet wurde nicht wenig stolz ist.

Eine Filmexpedition rund um die Welt. Die Hamburg-Amerika-Linie entließ mit ihrem Weltreisepanzer „Resolute“ eine Filmexpedition, welche die Aufgabe hat, auf der nach 30 Ländern in 4 Kontinenten führenden Fahrt das Leben der Völker in seinen mannigfaltigen Erscheinungsformen bildmäßig zu erfassen und mit besonderen Apparaten eine originelle Kunst hierzu an Ort und Stelle aufzunehmen.



Sternhimmel für März 1928.

Die Sternbilder sind durch punktierte Linien verbunden und mit einer Nummer versehen. Die Buchstaben sind Abkürzungen für die Eigennamen der hellen Sterne. Die Stellung des Mondes sind von 2 zu 2 Tagen eingetragen. Das Datum steht unterhalb des Mondbildes und die Pfeilspitze zeigt die Richtung der Mondbahn an.

Das Rheinische Tageblatt

Ist die älteste, größte und verbreitetste Zeitung am Platze.

25 Nummern mit insgesamt 348 Seiten im Monat Februar selten.

Inserate finden größte Beachtung und haben besten Erfolg.

Dans Arno — Rettungsglieder.

Wie schon von alters her zu lesen geschrieben steht, ist zu einem weilsand vielweifen König allerlei Volkes gelaufen gekommen, das da wariete, daß er ihre Hündel schätzte oder ihnen helfe.

Also kam auch eines Tages ein Verflüchter zu ihm und klagte ihm sein Leid. Er habe eine so dumme Frau. Sie verkaufe die Perlen zu billig oder verschende sie an Freunde, anstatt sie fein zu sammeln und Wied für Wied zu einer Kette zu weiden.

„Et, so tröste dich, Wodn des Gefabes“, sprach der Fürst, „hast du auch keine Kette sonst, so hast du doch die Kette zu tragen, die dir bringe, wie du sagst, dumme Frau um den Nacken leg!“

„Ja, Herr!“ antwortete jener, „eine bräunliche Kette, und ich bitte dich, gerreibe diese Kette!“

„Hast du Kinder?“ fragte der König weiter.

„Ja, Herr, und sie sind mir lieber als meine schönsten Perlen.“

„So mußt du auch diese Kinder von dir lassen!“

„Ich tauche ein in das schönste Meer des Lebens, wenn ich in die Augen meiner Kinder einsehe.“

„So kann ich die Kette nicht von dir nehmen, denn wie könnte ich das, ohne die Glieder zu verlieren!“

„Da schwieg der Verleischter stille und ging ans Gefabes garh.“

„Es erclante sich aber, daß der König durch die Stadt des emigen Tempels ging. Da traf er auch einen, der da sah und schätzte und klagte.“

„Was ist dein Leid?“ fragte ihn der König.

„Ich bin nur ein einsiger großer Wunsch“, sprach der andere: „Ich bitte zu dem Herrscher der Wolken, er möge mir ein anderes und besseres Dasein schenken. Denn dieses Leben lastet auf mir.“

„Es lachte wie eine Kette?“ fragte der König weiter.

„Ja, wie eine schwere bleierne Kette!“

„Und hast du nie in deinem Leben Jahre gehabt, die das Leben schön und glückselig gehalten?“

„Da leuchtete die Erinnerung aus den Augen des Schwermütigen: „O Bruder, was sind das für Zeiten gewesen! Hier Sander des Paradieses, das in ihnen gedüht und ich möchte sie nie ungeliebt wissen!“

Jahre lassen, all das Schöne, all das Glück, das du erlebtest.“

„Da meinte der andere nicht mehr.“

Aber der König war nachdenklich geworden. Da trat er auf seinen Karren. Der dumme Frumm und mißachtet einher, sah seelenvergüht drein, und machte dem erlauten Denker eine höchst allerlei und ungelente Denotion: „Entschuldig diejen verlegenen Krachh, aber meine Glieder machre die Demut meiner Seele nicht mehr mit.“

„Da versuchte ihn der König und sprach: „Wleicht dein Dasein eigentlich nicht einer schweren Kette, die um deinen Hals gehängt ist und dich zu Boden drückt?“

„Was sein“, sprach der Fort lachend, „einzelne Glieder ja, aber die meisten in dieser Kette, die machen die Last der Kette leicht!“

„Und welche Glieder sind das?“ fragte der König.

„O Herr, diese Glieder sind meine Kinder. Und die möchte ich nicht gern entbehren. Denn wird es schon das Richtige sein, ich trage meine Kette diesen Gliedern zu Ehren!“

„Da lachte der König zum dritten Mal: „Es ist doch gut, daß einer so war, der die Kette erfaßt, wie — ungeliebt wären sonst die Menschen!“

Kirchennachrichten.

Riesa, Freitag, 2. 3. 28: 8 Uhr Wallonsmohren-gottesdienst über Lut. 33, 39-45 (Bed).

Amtliches.

Gefuche um **Baderunterstützungen** für Bad Elster, Teplitz und Karlsbad sind, soweit die Wirtschalter im Bezirke der Amtshauptmannschaft Großenhain wohnen, bis 6. März 1928 unter Beifügung eines ärztlichen Zeugnisses beim Wohlfahrtsamt der Amtshauptmannschaft einzureichen.
Großenhain, am 28. Februar 1928.
Wohlfahrtsamt der Amtshauptmannschaft.

In das hiesige Güterrechtsregister ist am 27. Februar 1928 eingetragen worden: Die Verwaltung und Ausübung des Fleischer Hermann Otto Schneider in Rieta-Gröba an dem Vermögen seiner Ehefrau Frieda Martha geborenen Gommlich, ebenda, ist durch Ehevertrag vom 27. Februar 1928 ausgeschlossen worden.
Amtsgericht Rieta, den 28. Februar 1928.

Freibank Pausitz.

Morgen Donnerstag vorm. 11 Uhr junger Rindfleisch, Bund 50 Pf.

Um Sonntag, 3. März 1928, vormittags 10 Uhr, werden in der Schäferei Gröbtha eine Anzahl **Lämmer** meistbietend gegen Barzahlung veräußert. * Rittergutverwaltung Zeebhausen.

Tüchtiger Margarine-Vertreter

für Rieta und Umgeb. von leistungs-fähigster Fabrik Mitteldeutschlands sofort gesucht. Offerten von nur arbeitsfreudigen branchenerfahrenen Herren, die bereits vor-handene Kundenschaft durch regelmäßigen Besuch zu pflegen und den Kundendienst zu erweitern vermögen, erbet. unter C. 203 an Ala-Daukestein & Bogler, Dresden-N. 1.

Bestrenom. Mittagstisch nimmt noch einige Herren auf. Su erit. im Zaechl.

Gitarre- und Lautenunterricht erteilt Ernst Bergmann, Neutweiba, Körnerstr. 5. Anmeldungen möglichst schriftl. vorher nur noch bis 15. März. Auf Wunsch komme ins Haus.

Galerh. Mandolinenzither m. Noten preisw. zu verk. Piesch, Seibain, Siebia.

Möbel neu und gebraucht stets billig zu verkaufen **Oskar Meise** Rieta, Bruchgasse 4.

Guterh. Kinderwagen zu verkaufen Wera-dorf, Gäniker Str. 13, 1. z.

Stroh und Kochhühner verkauft **Kurze, Lessa.**

Petkuser Gelbhafer

erste Abfaat, gibt ab **Rittergut Dirschteln** bei Vorig. Bestellungen, jetzt schon erbet.

Rlee- u. Getreidepreu sowie **Weizen- u. Hafertroh** verkauft **Max Rabius, Deyda.**

Ordentl., tücht., schulfreies **Hausmädchen** mit etwas Kochkenntnissen, für 1. April gesucht. Mit Zeugniss, voraukeln. 5. **Frau M. Devrient** Bismarckstr. 38, 1.

Velteres **Dienstmädchen** erlabren. Dienstmädchen nach auswärts gesucht per 15. März od. spät. Näher. bei Friseur Blumenstein, Rieta, Hauptstr. 99.

Hausmädchen sucht **Gutshes. Schmidt** Wopitz.

Suche für 1. 4. ordentl. liches, williges **Hausmädchen** nicht unter 16 Jahren. **Frau M. Schaeffer** Rittergut Raupitz Post Starbach.

Ein erfahr. Mädchen (schulfrei) als Aufwarta. für den ganz. Tag gesucht. Su erit. im Zaechl. Rieta.

Alleinmädchen vertritt im Haushalt und Kochen, bei entsprechendem Lohn sofort gesucht. **Studiger Hausbalt, 2 Kin-der.** Angebote an **Frau M. Lieberknecht**, Cobenkeim-Grünthal Könia-Albert-Str. 20.

Obeliches, fleißiges Mädchen (schulfrei, für den ganzen Tag als Aufwartaung ab 15. 3. gesucht. **Boguski**; am 1. 3. von 5 Uhr ab bei **Frau Steum, Elbstr. 6, 1.**

Zwei fleißige, saubere Küchenmädchen (schulfrei) gesucht. Vorzuzustellen zwischen 8 bis 10 Uhr vormittags. **Hotel Sächl. Hof, Rieta.**

Suche für meinen Sohn, welcher Eltern die Schule verläßt **Stellg. in Ladengeschäft.** Berte Angeb. erb. unter Q 1128 a. d. Zaechl. Rieta.

Schriftl. Heimarbeit **Witalis-Verlag München O2.**

Gügetwertfachmann **Raufmann, Zimmerpoller** und **Bertramsmann** (abgeb. Beamter pp.) können sich sof. an gut u. in der Nähe geleg. **Baugelch.** m. Gügetwert mit **Autz.** Einlage 3-10 Tille zwecks Ausführung groß. u. sich. Auftr. tätig betteil. **Gutes Einkommen u. Sicherstells.** Wohnung verb. Off. u. Postfach 86 Beilage erb.



GEG FAHRRÄDER SOWIE ZUBEHÖR UND GUMMIBEREIFUNG

sind stabil und preiswert!

Die erste Ladung GEG-Fahrräder ist eingetroffen.

Nur für unsere Mitglieder!

Bezirks-Konsum- und Sparverein „Volkswohl“

a. G. m. b. H.

Riesa - Großenhain - Oschatz.

Alle Verbraucher können Mitglied werden.

Restaurant Morgen Donnerstag bis Sonnabend **Tage in Alt-Heidelberg.**

für stimmungsvolle Unterhaltung **orat R. Jendens** **Damen - Trompeter - Korps.** **Geistliche Dekoration.** Küche und Keller bieten das Beste. Es ladet ergebenst ein **Ernst Thalmann.**

Sächsischer Hof

Freitag, den 2. März, abends 8 Uhr

grobes Konzert

ausgeführt von dem verstärkten **Konzertorchester Rieta.** **Nach dem Konzert Ball.**

Aus dem Programm: „Heimkehr aus der Fremde“ v. Mendelssohn-Bartholdy, „Erinnerungen an Richard Wagner“ Fantasie usw.

Um gütige Unterstützung bittet **das Konzert-Orchester.**

Reichshof Zeithain.

Freitag, den 2. März, großes

Böhlertigkeits-Konzert

ausgeführt von der Musikschule **M ü b l e r a** (32 Musiker) veranstaltet von der Sächl. Fest-schule, Zweigverein Zeithain. **Anschließend feiner Ball** (30 Musiker).

Eintritt 75 Pf., Anfang 1/8 Uhr. Um gütigen Rufpruch bitten der **Wirt, der Gesamtvorstand.**

Gasthof Zaupwitz bei Strehla.

Sonnabend, 3. März

großer öffentl. Wasteball.

1/10 Uhr Beginn des **Pringen Karnaval.** - Eintritt inkl. Steuer 1.20 M. - Anfang 7 Uhr. **Wasteballverleih im Gasthof.** Es ladet freundlichst ein **der Wirt.**

Die Blutreinigungskur Jetzt

vorzunehmen ist nicht nur ein alter Brauch, sondern es ist auch zweckmäßig. Alle Schärren, Säuren und Blutgifte, die sich während des Winters im Körper angeammelt haben, müssen jetzt ausgetrieben werden. Wer das jedes Jahr tut, der sichert sich ein längeres Leben und bleibt von vielen größeren und kleineren Gesundheitsstörungen verschont, kräftigt seine Nerven, stärkt seine Verdauung und fördert den Stoffwechsel. Chemiker **Spohls** Sekretur, immer bewährt und ärztlich empfohlen, bekommt Ihnen jetzt besonders gut. **Verlangen Sie die folgenreiche Broschüre „Ein Weg zur Gesundheit“.** **Med.-Progerie A. S. Pennide, Rieta.**

Im Zeichen des Steinbocks



Ich handle

energisch und dulde nicht, daß man mir so nahe tritt. Ich bin der Steinbock und gelte als Wahrschick für gute Schubcreme, deshalb stehe ich auch auf der **Büdo**-dase. **Büdo** ist eine Edelpaste von über-treffener Wirkung, sie pflegt das Leder und gibt rasch schönsten Hochglanz. Ein Vergleich mit anderen Schuhputzmitteln überzeugt Dich. Und dann ist die **Büdo**-dase doch so bequem zu öffnen. Eine kleine Drehung an dem praktischen Öffner - schon springt der Deckel auf! Deshalb: **Büdo**

Büdo

Die Augen anderer

sind immer kritisch und sehen mehr als der Spiegel. Man kann daher bei der Wahl seiner Seife nie vorsichtig genug sein. Verwenden Sie nur die edle **Dalton Citronel-Seife**, die ihre Haut nicht nur reinigt, sondern auch bleicht und weich macht.



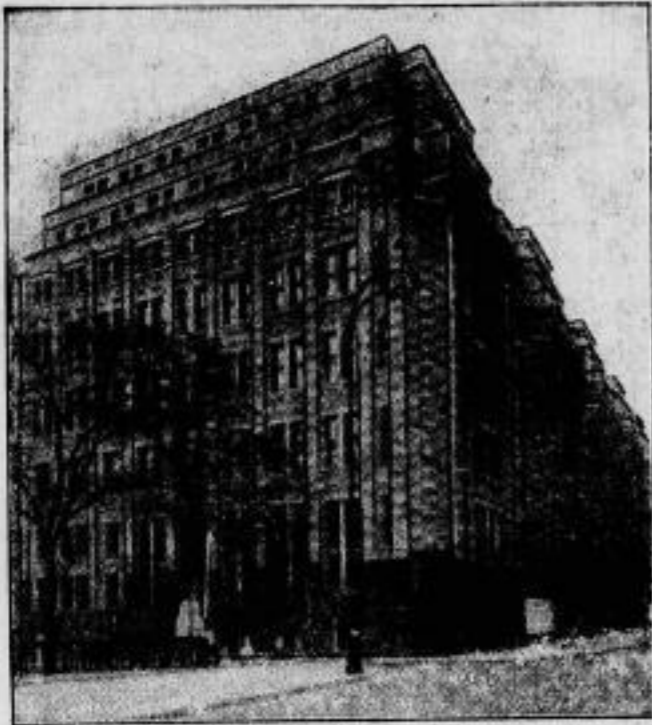
Dalton Citronel-Seife



Zum Besuch des albanischen Botschafters in Berlin.
Anlässlich des Festbanketts in der albanischen Botschaft, an dem außer dem König und der Königin von Albanien auch Reichspräsident von Hindenburg teilnahm, wurde das Botschaftsgebäude leuchtend illuminiert.



Die beste Kämpferin der Welt
ist die Japanerin Fräulein Fumiko Terlo. Sie brach den Weltrekord über 100 Meter. Außer als Sportlerin ist Fräulein Fumiko Terlo eine in Japan beliebte Filmschauspielerin.



Die neue holländische Nationalbank.
In Amsterdam ist der Neubau der holländischen Nationalbank vollendet worden, dessen eigenartige Architektur dem Stadtbild ein neues Gepräge gibt.



In den deutschen Ski Meisterschaften auf dem Feldberg (23.-26. Febr.).
Der Norweger Winjareng gewann mit einem Sprung von 47,5 m den Sprungwettbewerb. Außerdem war er Sieger im kombinierten Wettbewerb im Langlauf und Springen.



Herr Vidnowski †.
Herr Vidnowski, der letzte deutsche Botschafter vor dem Kriege in London, ist im Alter von 68 Jahren plötzlich gestorben.



Wechsel im Oberkommando der französischen Armee.
Marschall Bétain (rechts) tritt von seinem Posten als Oberkommandierender der französischen Armee zurück und wird voraussichtlich durch General Guillaumat (links) ersetzt werden.



Ein künftiger König.
Kronprinz Peter von Jugoslawen, der älteste Sohn König Alexanders und der Königin Marie von Jugoslawien (neueste Aufnahme).

Vermischtes.

Hochwasser in China. Nach einer Blättermeldung aus Peking ist der Gelbe Fluß bei Si King an seiner Mündung über die Ufer getreten. 80 Dörfer sollen überschwemmt sein. 20.000 Chinesen sollen ihre Wohnungen haben räumen müssen.
Dabei ist eines italienischen Motorschiffs. Wie die Blätter berichten, mußte das große Motorschiff „Augustus“, das gestern Genua verlassen hatte, infolge

Bruchs zweier Kolbenstangen die Fahrt nach Amerika unterbrechen und nach Genua zurückkehren. Gelegentlich des Stapellaufs dieses Schiffs hatten die Blätter diesen Neubau als eine große italienische Errungenschaft gepriesen.

Zur Explosionstatastrophe auf Braunkohlengrube „Hubertus“. Anlässlich wird mitgeteilt, daß die Ursache des schweren Explosionsunglücks in der Bricketfabrik der Braunkohlengrube „Hubertus“ im Adlner Bezirk noch nicht hat mit Sicherheit festgestellt werden können. Der Unfallsauschuß der Grubensicher-

heitskommission Bonn ist an der Untersuchung beteiligt. Die Explosion hat sechs Todesopfer gefordert. 25 Personen sind verletzt, davon schwebt eine Person in Lebensgefahr.

Anschlag auf einen italienischen Jesuitenpater in Rom. Auf den früheren Generalsekretär der Gesellschaft Jesu, den Geschichtsschreiber des Jesuitenordens P. Dachu Venturi, ist ein Attentat verübt worden. Ein junger Mann versuchte im Kloster an der Jesuitische, mit einem dolchartigen Instrument dem Gelehrten den Hals zu durchbohren. Der Pater wurde ver-

